Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

8.3.1892 (No. 55)

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe frei Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg. (monatlich 90 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk. 25 Pfg., mit Bestellgeld 3 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Rheinstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 55. Dienstag, den 8. März 1892.

Was hält die Mehrzahl der badischen Staatsbürger von einem Ministerium Eisenlohr?

Erste Rede des Abg. Wacker,
gehalten in der Berathung über das Budget des Ministeriums des Innern
in der Morgensitzung der 2. Kammer am 23. Februar.

(Schluß.)

Ich komme nun auf ein anderes Gebiet, es ist dies das Gebiet, welches Herr Muser durch seine Anfrage an die Regierung beziehungsweise an das Ministerium des Innern bereits betreten hat. Ich bin erstaunt über die Antwort, welche der Herr Vertreter der Regierung gegeben hat. Ich bin nicht erstaunt darüber, daß er es einfach zugegeben hat, das war ja nicht anders zu erwarten, nachdem der Herr Minister das Zugeständniß in anderer Weise bereits gemacht hat und nachdem die Sache überhaupt ziemlich bekannt ist; erstaunt bin ich aber durch die Art und Weise, wie er sein Auftreten in dieser Sache zu rechtfertigen suchte. Wir werden nicht anders können — wir hatten noch keinen Anlaß, uns darüber zu besprechen, allein dieser Gedanke ist mir sofort als selbstverständlich nahegetreten — wir werden nicht anders können, als Front zu machen gegen die Bewilligung der Handlaßengelder, denn dazu ist nach meiner Ueberzeugung das Ministerium des Innern nicht befugt und zu solchen Zwecken sind die öffentlichen Gelder nicht da. Das ist nach meiner Rechtsüberzeugung eine Verwendung der öffentlichen Gelder zur Ungebühr; das Ministerium ist nicht berechtigt dazu. Es handelt sich nicht um ein öffentliches Blatt, sondern um ein Speiseblatt für andere Blätter. Es handelt sich nicht darum, ob der Minister auf seinem Bureau oder auf diesem oder jenem anderen Bureau auf ein Blatt abonnirt oder abonniren läßt, dessen Kundgebungen Ihn interessiren mögen, sondern es handelt sich um eine eigentliche Unterstützung eines bestimmten Organes von bestimmter Parteifärbung. Der Herr Regierungskommissär hat uns ja selbst erzählt, daß der Herausgeber des Blattes sich zuerst an ihn gewandt hat; er hat wissen wollen, wie er sich dazu stellt und ob er auf Succurs rechnen kann. Anders kann man die Sache nicht auslegen. Ohne Rücksicht auf eine Partei soll dieses Blatt gehalten sein. Ich habe mir bis jetzt nur eine Nummer dieses Blattes näher ansehen können. Darin sind 6 Artikel enthalten, 5 größere und 1 kleiner. Und 5 von diesen 6 Artikeln waren so, daß man meinen konnte: entweder habe der Herr Regierungskommissär, der uns heute diese Versicherung gab, selbst die Feder in Bewegung gesetzt, oder aber er habe mindestens den Inhalt inspirirt. Diese Artikel handelten sammt und sonders von dem Herrn Staatsrath Eisenlohr und davon, was sich da und dort in dieser Hinsicht ereignet hat. Es mag sein, daß das Organ wenig Rücksicht nimmt auf die nationalliberale Partei und deren Führung, um so mehr aber wird es Rücksicht nehmen auf den nicht weniger interessirten Führer des Ministeriums des Innern. Und in diesem Sinne mag es zutreffen, daß das Blatt nicht ein Organ der Partei ist. Es ist also zugegeben, daß dieses Unternehmen von einer bestimmten Persönlichkeit in's Leben gerufen wurde zu einem ganz bestimmten Zweck und daß es deshalb auf die erwähnte Weise durch das Ministerium des Innern auf Kosten von Staatsmitteln unterstützt wird.

Nun, m. HH.! ist ja das nicht die einzige Unterstützung, welche der Presse einer bestimmten Partei zu Theil wird. Wir müssen auch von dem Amtsverkündigerwesen sprechen und zwar so lange, als hierin nicht Abhilfe getroffen ist. Wir haben eine Unmasse solcher Amtsverkündiger, weit über das Bedürfniß hinaus. Weitaus die größte Zahl dieser Blätter könnte nicht existiren, ohne direkte und indirekte Unterstützung durch das Ministerium des Innern.

M. HH. Es kommen da vor Allem materielle Gesichtspunkte in Frage, aber auch ideelle.

Materiell handelt es sich um die Fernhaltung ganz bedeutender Summen, welche sonst in die Staats- oder Kreiskassen fließen würden, es handelt sich aber auch um Zuwendung anderer bedeutender Summen, die ebenso gut gespart werden könnten.

Ich habe mir, soweit es ging, von einigen dieser Amtsverkündiger eine Zusammenstellung machen lassen, behufs näherer Orientirung über die in Frage kommende Summe für Inserate, wofür das Geld ebenso gut gespart werden könnte. Zuerst habe ich den Oberamtsverkündiger, die „Karlsr. Ztg.", herausgreifen lassen. Die Zusammenstellung erstreckt sich auf den Zeitraum von 10 Monaten zurück, bis zum Oktober 1891 inkl. Es sind hier eine große Reihe von Anzeigen, die ganz gut, wenn man es darnach hätte einrichten wollen, ohne Auslagen publicirt werden könnten. In dieser Berechnung sind nicht mit eingerechnet die Anzeigen der Gemeinden mit den zahlreichen Holz- und Gras-Versteigerungen, die Ankündigung größerer Viehmärkte, Anzeigen Anleihen betreffend, die Anzeigen der Kreisausschüsse, Anzeigen ausländischer Eisenbahnverwaltungen u. s. w. Ziemlich zahlreich in dieser „Karlsr. Ztg." sind auch die Anzeigen der Garnisons-Verwaltung, Militärmenage, Stellenangebote Seitens der Gemeinden, Notare u. s. w., auch Rechnungsabschlüsse der in den Gemeinden zugelassenen Feuerversicherungen, Lebensversicherungen. Diese sind alle nicht gerechnet. Die Zusammenstellung von diesen 10 Monaten hat das Ergebniß gehabt, daß die Einnahmen für solche Inserate, welche gespart werden könnten, wenn die Regierung sich dazu hätte verstehen wollen, eine andere Organisation zu treffen, 33,141 M. betragen. Es mag natürlich sein, daß durch Rabattbewilligungen die Summe sich ändert. Sodann habe ich von der „Freiburger Zeitung", dem Amtsverkündiger für Freiburg allein, ebenfalls eine solche Zusammenstellung machen lassen. Unter ähnlichen Titeln figurirt dort eine Summe von 8327 M. nicht für 10, sondern 11 Monate. Von kleineren Amtsverkündigern ist die Arbeit noch nicht fertigt. Bei der „Breisgauer Zeitung" handelt es sich um eine Summe von nahezu 16,000 M. ebenfalls für diese Zeit. Das, m. HH., ist eine Zusammenstellung von Geldern, die ebenso gut gespart werden könnten.

Die Zahl der Abonnenten dieser Blätter, welche die Zeitung auf dem Zwangswege bekommen, ist sehr groß.

Unter welchem Gesichtspunkte nun will es die Regierung verantworten, daß sie in solcher Weise die Presse einer bestimmten Partei materiell unterstützt?

M. HH.! Nicht blos diese Summen, die ausgegeben werden und gespart werden könnten, sind in Frage, sondern es könnten noch ungleich größere Summen vereinnahmt werden, wenn man die Einrichtung treffen wollte, wie sie von uns vor Jahren schon empfohlen wurde und wie sie in der Stadt Freiburg für das städtische Gebiet besteht. Die Gemeinde Freiburg hat ein eigenes „Tagblatt", das auf eine Anzahl von Jahren verpachtet wird. Die eigenen Anzeigen der Stadt Freiburg müßten umsonst darin aufgenommen werden und die Einnahme aus dem Pachtzins gehört ihr. Diese Einnahmen belaufen sich auf Grund der letzten Ergebnisse auf 20,000 bis 30,000 M. jährlich. Es wären also die Summen sehr groß, welche eingehen müßten, neben denen, die gespart werden könnten, wenn sich die Regierung dazu verstehen würde, eine andere Art der Organisation einzuführen. Nur die nationalliberale Partei könnte dies beklagen, da sie dann so und so viele Organe nicht mehr besäße.

Es kommt aber auch ein ideeller Gesichtspunkt in Betracht. Ich habe mir zwei Jahre lang einen großen Theil der in Baden bestehenden Amtsverkündiger gehalten, um mich näher zu orientiren. Ich habe sie nicht jeden Tag gelesen; oft haben sie sich von 3 oder mehr Tagen auf einander gehäuft, bis sie von mir angerührt werden konnten. Aber ich habe sie oft genug angesehen, um ein Urtheil darüber haben zu können. Ich war auf das Höchste erstaunt, als ich mich einmal genauer darin auskannte, über die geistige Oede und Leere, der man da in diesen Amtsverkündigern begegnet. Es sind äußerst wenige, auf welche dieses Urtheil keine Anwendung findet. So ist z. B. die Redaktion der „Konst. Ztg.", eine der fleißigsten, welche es überhaupt gibt. Dagegen kann ich aber beispielsweise den Amtsverkündiger für Heidelberg von dem oben gefällten Urtheil nicht ausnehmen: dem der geistigen Oede und Leere, über die man nur staunen kann und wobei man sich wundern muß über die Geduld und Genügsamkeit des Lesepublikums. Ich habe mehr als einmal Anlaß gehabt, auf diese Erfahrung bei anderen Gelegenheiten hinzuweisen. Unsere Partei — und das liegt in der Natur der Verhältnisse — ist außerordentlich anspruchsvoll gegenüber den Redakteuren ihrer Blätter. Sie ist zum Tadeln sehr geneigt, ist gleich unzufrieden und mit der Kritik bei der Hand, selbst öffentlich. Nun, wenn jeder, der Neigung hat, über die Organe unserer Partei abfällig zu urtheilen, einigermaßen sich auskennen würde in diesen Amtsverkündigern der nationalliberalen Partei, so würde er mit seiner Kritik zurückhalten. In streng darf man auch mit seinen Anforderungen nicht sein. Was in den Blättern geboten wird, ist größtentheils, so weit es sich nicht um Scheerenarbeit handelt, die bei den Amtsverkündigern die Hauptrolle spielt, das Produkt des Momentes. Man hat nicht die Zeit und nicht die Möglichkeit, immer von einem Tag auf den anderen zu warten; das gilt hüben wie drüben!

Was kann nun aber durch eine solche Presse mit dieser geistigen Oede und Leere erzeugt werden? Sie kann selbstverständlich nicht bildend auf das Lesepublikum dieser Blätter wirken, weder unterrichtend noch bildend für den politischen Charakter. Nur in einem bestimmten Falle machen sie eine Ausnahme von der Regel — weitaus der größte Theil nämlich; es sind nicht alle gleich schlimm und es gibt einige von ziemlich harmloser Natur —, wenn nämlich ein Wahlkampf oder irgend ein anderer Anlaß sich bietet, den politischen Gegner exemplarisch zu bearbeiten. Dann, m. HH.! macht man die Erfahrung, daß auch in den sonst harmlosesten Amtsverkündigern der Geist spukt, den man so häufig in den schlimmsten Ausbrüchen der „Bad. Ldztg." bemerken kann.

Einen Punkt muß ich noch erwähnen, den wir nicht genug beklagen können in unserem öffentlichen Leben. In diesem Punkte werden ja die verschiedenen Parteien der Verwaltung des Ministeriums des Innern nicht das gleiche Vertrauen oder Mißtrauen entgegenbringen, da sie nicht auf dem gleichen Standpunkt stehen.

Dieser eine Punkt ist die praktische Stellungnahme dieser Verwaltung zum christlichen Leben.

Ja, m. HH.! Man mag da und dort in diesem Saal darüber urtheilen, wie man will, es bleibt doch gewiß, daß die Zeitverhältnisse von selbst dazu drängen, auch die Männer im öffentlichen Leben, die für ihre eigene Person von religiösen Bedürfnissen nichts wissen wollen, auch diese Männer zu überzeugen, daß die Beruhigung der stürmisch bewegten Gemüther und einigermaßen eine Ausgleichung der socialen Kämpfe nicht möglich ist ohne eine ausgiebige Einwirkung der Religion und der Kirche. Dem kann sich mehr und mehr keiner entziehen, der im öffentlichen Leben eine Rolle spielt. Nun, m. HH.! Das gewöhnliche Volk ist gewohnt, mehr zu schauen und zu hören; das will Beispiele sehen.

Und dieses Volk sieht nun meistentheils bei den Organen der Verwaltung des Ministeriums des Innern den ausgeprägtesten religiösen Indifferentismus, der von positiven christlichen Pflichten und ihrer gewissenhaften Erfüllung nichts wissen will.

Und vom religiösen Indifferentismus ist nur ein Schritt zum religiösen Nihilismus. Dieser hat mehr Fortschritte gemacht, als man glaubt.

Das, m. HH.! ist sehr zu beklagen.

Wünsche ich, werden Sie mich vielleicht in Gedanken fragen, daß jeder Beamte am Sonntag demonstrativ zur bestimmten Zeit — namentlich wenn viel Volk ihn sehen kann, in die Kirche geht? daß er auch bei anderen Gelegenheiten nicht fehle?

Nein, m. HH.! ich wünsche es von keinem, den nicht sein eigenes religiöses Gewissen dazu treibt. Was ich aber wünsche, ist: daß nicht das entgegengesetzte Beispiel von Oben herab gegeben wird; daß keiner, der in einer mehr oder weniger untergeordneten Stellung sich befindet, unter dem Gefühle stehen muß, er werde darum angesehen; daß das Volk nicht glaubt: entweder sei die Ausübung der Religion für die Beamten nicht nothwendig oder die Herren Beamten kümmern sich nichts darum und setzen sich über die Erfüllung dieser Pflichten hinweg. Das wirkt einfach religiös demoralisirend. Es sollte nicht der oder jener religiös Herabgekommene in einer Gemeinde sich auf den Amtmann oder Oberamtmann berufen und sagen können: ei, der geht auch nicht in eine Kirche; thut sich's für den, so thut sich's auch für mich.

Ich komme zum Schlusse und mache nur noch einige wenige Bemerkungen.

Wir haben die Richtung, die gegenwärtig im Ministerium des Innern die herrschende ist, nunmehr seit einigen Jahrzehnten. Sie hat in diesen 3 Jahrzehnten schon verschiedene Färbungen angenommen; sie hat auch den veränderten Zeitverhältnissen im Allgemeinen Rechnung getragen; aber in der Hauptsache ist sie gleich geblieben.

Nun meine Herren! Seit diesen 30 Jahren ist eine solche Masse von politischer Korrumpirung zu Tage getreten, daß man wirklich darob erschreckt. Ich gehe nicht im Entferntesten so weit, zu sagen, daß das unter anderen Richtungen nicht auch vorkommt. Es wird immer Leute geben, die glauben, sie müßten ihre eigene Stellungnahme im öffentlichen Leben nach der Windströmung richten, die Oben ist. Aber der Umfang und das Maß dessen, was wir in diesen 3 Jahrzehnten

---

Zu Sturme geläutert.

68) Von Philipp Laicus.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Aber Madelon diese Bekehrung benimmt ihren Berichten die Glaubwürdigkeit; sie waren von da ab Partei."

„Dagegen sträubt sich wieder mein gesunder Menschenverstand. Wenn derjenige, welcher das erzählt, sich nicht bekehrt hätte, dann wäre die Erzählung verdächtig; aber wenn er sich darauf hin nicht nur bekehrt hat, wenn er sich darauf hin hat martern und tödten lassen, dann erhält seine Erzählung den Stempel höchster Glaubwürdigkeit, und es könnte sich höchstens fragen, ob er sich nicht getäuscht hat."

„Diesmal stimme ich Dir völlig bei," bemerkte Armand erleichtert. „Den guten Glauben Deiner Martyrer will ich gewiß nicht bestreiten, aber sie waren eben das Opfer einer Täuschung."

„Geh' Armand! Wenn einer acht und dreißig Jahre krank war, und dann gesund sein Bett hinwirft, wenn einer ein paar Tage im Grabe gelegen hat und dann lebendig wieder herumgeht, wenn einer Aussatz gehabt hat, und dann als rein erklärt wird, wenn einer gekreuzigt worden ist und einen handklaffenden Lanzenstich in die Brust bekommen hat, und er kommt plötzlich nach drei Tagen gesund und heil zu seinen Freunden, so kann man dabei doch nicht von einer Täuschung reden. Und wenn das Reich des gekreuzigten Zimmermannssohns heute die Erde umfaßt, wie er vorausgesagt, so ist das doch auch keine Täuschung."

„Sei dem wie ihm wolle," rief Armand, „ich will Ihnen Glauben nicht nehmen und nicht bestreiten. Aber dieselbe Freiheit verlange ich für mich."

„Taste ich sie etwa an? Leid thut es mir! Mein Leben wird dem Gebete geweihet sein, daß Gott Dir Gnade gewähre, und der Tag, an welchem dies Gebet erhört wird, soll der glücklichste Tag meines Lebens sein."

„Und bis dahin Madelon, verbanne jede Sorge, daß ich an Dein Heiliges rühre, bis dahin sei mein!"

Alles, was sein Herz erfüllte, lag in der Innigkeit seines Tones.

„Du thust mir weh! Armand!" rief Madelon verzweifelt. „Ich kann nicht! O wäre diese Kluft ausgefüllt! Aber es heißt an der Fahne Gottes freveln, wenn ich mich unter die Hand der Gottlosen begebe!"

„Das ist jener wilde Fanatismus," sprach Armand in höchster Erbitterung, „gegen dessen eherne Stirne selbst der Kampf der Götter vergeblich ist. Du willst unser Unglück! Wohlan, ich werde diese Liebe, die mich heute verzehrt, zu bändigen wissen!"

Damit nahm er seinen Hut und entfernte sich raschen Schrittes, indem er Madelon als Herrin seiner Wohnung zurückließ.

Eine Thräne trat in das Auge des Mädchens, als er so davon stürmte. „Ich konnte ja nicht anders," murmelte sie gepreßten Herzens, „ich durfte ja nicht anders."

Der Advokat strich durch die jetzt fast menschenleeren Gassen. Der kühle Nachtwind that seinen brennenden Schläfen wohl. Er wüthete im Stillen gegen sich, gegen sein Schicksal, gegen die Herrschsucht Roms, gegen die Bornirtheit der Menschen. „Doch ich könnte mich ja stellen, als ob ich gläubig geworden sei!" meinte er plötzlich. Aber sofort erhob sich eine Stimme in ihm: „Pfui! der Lüge will ich mein Glück nicht zu verdanken haben! Die Wahrheit ist bis hierher mein Leitstern gewesen. Man kann dabei unglücklich sein; aber nie verächtlich!"

Er ging weiter. Sollte er jetzt Svenson aufsuchen? Nein! da würde sich ein neuer Meinungsstreit erheben, und er fürchtete nicht die volle Unbefangenheit zu besitzen, um seine Ueberzeugung zu bekennen. Seit heute sprach ja nicht mehr der Kopf allein über die Absurdität des Glaubens; es war nicht mehr die kalte Philosophie Svenson's, die seinen Anschauungen gegenübertrat; neben ihm erschien eine Sirene, die ihn aus den öden Gefilden seiner geistigen Freiheit glückverheißend auf die grünenden Auen der Gläubigkeit hinüberwinkte, und diese Sirene trug die Züge eines Engels, und ihre Worte klangen wie aus dem Munde eines Engels. „Madelon!" stammelte er.

Zu Tode müde suchte und fand er endlich ein Unterkommen in einem Gasthofe. Erst als er sich auf das Lager hingestreckte, da kam das wohlthuende Gefühl der Ruhe in der Erschöpfung über ihn: es dauerte nicht lange, da begannen seine Gedanken sich zu verwirren, seine Brust hob sich langsamer, seine Augenlider schlossen sich immer länger, aber ein rührendes Bild blieb auf dem durcheinander wogenden Hintergrunde: ein leuchtender Engel, der in Gebet versunken schien; der Engel war Madelon, und ohne daß es ihm einer sagte, wußte er, er betete für ihn . . . und zuletzt verschwamm auch dieses Bild allmälig in Wolken. Ein fester Schlaf hatte sich auf den Träumer herabgesenkt.

XV.

Die Volksstimme als Gerichtsherr.

Als Brasier erwachte, war noch alles still im Hause, aber die Sonne stand bereits am Himmel. Er blickte nach seiner Uhr; dieselbe zeigte die fünfte Stunde. Jetzt war ihm wieder klar zu Sinne. Er vermochte ruhig zu überlegen. Die Zeit mußte ihn von dieser Leidenschaft, welche die Grundlagen seiner Ueberzeugung unterwühlte, heilen. Madelon mußte fort von hier; das war am besten für sie, und auch für ihn. Auch sonst war das revolutionäre Paris ein heißer Boden für ein unschuldiges Landmädchen, daß Gott liebte und dem König ergeben war. Er konnte diese Gefühle nicht theilen, aber sie hatten ihn gerührt. Ja, wenn er ganz offen gegen sich sein wollte, mußte er sich gestehen, daß Madelon ohne diese Gefühle ihm viel weniger liebenswerth erschienen wäre. Sie war ja ein hübsches Mädchen, ein geistig begabtes Mädchen, sie konnte Eindruck machen; es wunderte ihn gar nicht, daß sie einen tiefen Eindruck auf ihn hervorgebracht: aber diese Hingabe an Ideale, diese Anbetung des personificirten Princips des Guten, Schönen und Wahren, das Versenken in dasselbe bis zur Verleugnung des eigenen Ich, bis zur Preisgebung alles irdischen Glückes: darin lag ein Seelenadel, welcher ihn mit einer, dem Weibe gegenüber nie gekannten Ehrfurcht erfüllte.

Er hatte auch nie ein solches Weib in Paris kennen gelernt, und als er eine Stunde später sich von einem noch halb schlafenden Kellner im Salon schwarzen Kaffee bringen ließ, da erschien es ihm ausgemacht zweifelhaft, ob es gut sei, daß man den wenn auch irrigen, religiösen Glauben im Weibe zerstöre. Denn der Glaube allein, das sah er klar, konnte das Weib zu einer Tugend befähigen, welche beim Manne Grundsätze, Ehre und Charakter kategorisch forderten.

Mit diesen Gedanken beschäftigt, kam er allmälig in seine Wohnung. Es war immer erst kaum sieben Uhr. Auf der Straße war es noch vollständig still. Der Concierge lag noch im Bette, und die Frau desselben hantirte in der Portierstube herum und hatte einen Blechtopf auf dem kleinen Ofen stehen, dessen Gluth Ende Juli eine sehr unangenehme Temperatur verbreitete. Das brodelnde Geräusch und der ausströmende Dampf bewiesen, daß der Kaffee im Augenblick fertig sei. Auf seine Frage, ob die Dame droben noch kein Lebenszeichen von sich gegeben, erfuhr er, daß sie seit länger als eine Stunde seine Rückkehr erwarte, um von ihm Abschied zu nehmen.

„Hat sie schon gefrühstückt?"

„Ich bereite soeben den Kaffee; soll ich auch für Sie bringen?"

„Ich danke Frau Mercier, ich habe bereits gefrühstückt."

Er stieg die Treppe hinauf und reichte Madelon, die ihn erwartete, mit einem Seufzer die Hand.

„Ich danke Ihnen, Herr Brasier, für die Freundlichkeit, mit welcher Sie mir Unterkommen gewährt haben."

Der Advokat nickte schweigend mit dem Kopfe.

„Wenn Sie es gestatten," sagte er dann, „so werde ich die Ehre haben, Sie bis vor die Barrière zu begleiten, vorausgesetzt, daß Sie dabei beharren, möglichst bald in die Vendée zurückkehren zu wollen."

„Ich muß zuerst nach Mont-Marire, um dort ein Päckchen zu holen, in welchem sich einige Kleidungsstücke befinden."

„Wenn Sie die Güte haben wollten, mir Ihre Adresse anzugeben, werde ich Sorge tragen, daß es Ihnen nachgesandt werde. Ich zweifle, ob es uns gelingen wird, dahin zu kommen. Ich war in der Nacht nochmals dorten: Die Posten standen immer noch einander gegenüber, und in den Straßen loderten die Wachfeuer."

Madelon neigte leicht das Haupt, und schrieb dann am Pulte des Advokaten ihre Adresse nieder.

Brasier las: „Madelon Florrant bei Nicola Stoffler, königlicher Förster zu St. Florent bei Ancenis."

„Ist das genügend?" fragte Madelon.

„Ihr Gepäck wird nachgesendet werden, so bald der Weg zu dem Kloster frei sein wird."

„Nun denn, Herr Brasier ich bin fertig."

„Wollen Sie nicht eine kleine Erfrischung. Frau Mercier bringt augenblicklich den Kaffee."

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

nach dieser Richtung hin wahrnahmen, ist doch außerordentlich erschreckend.

Wir leben in Zeitverhältnissen, in welchen mehr als je auch **Opferwilligkeit und der Charakter des Mannes** eine Rolle spielen müssen.

Meine Herren, man braucht nicht im Detail orientirt zu sein, um zu wissen, daß die Opferwilligkeit im öffentlichen Leben, in der Gemeinde wie im Staate, auf ein Minimum reducirt ist. Ei! jetzt wollen Sie sogar den Bürgermeistern aus Staatsmitteln noch Etwas zuwenden, weil sie noch durch andere Geschäfte als die ihrer Gemeinde in Anspruch genommen sind. Eigentliche Ehrenämter gibt es immer weniger.

Und nun sind wir eingetreten in die Periode, in welcher die socialpolitischen Fragen eine außerordentliche Rolle spielen; in welcher die mittleren und oberen Schichten der Bevölkerung durch die unteren mit aller Gewalt und unwiderstehlicher Energie gedrängt werden, an die Lösung dieser socialpolitischen Fragen zu gehen.

Meine Herren! Eine je größere Rolle der religiöse Indifferentismus und Nihilismus, eine je kleinere die Opferwilligkeit auch im politischen Leben, eine je kleinere Rolle der ausgeprägte politische Charakter des Mannes spielt, desto weniger ist eine solche Generation im Stande, in glücklicher Weise die socialpolitischen Probleme zu lösen. Und ich stehe nicht an zu sagen: wenn es eine Staatsverwaltung gibt, welche durch die Art und Weise, wie sie die Geschäfte führt, weniger dazu berufen ist, in glücklicher und Heil verkündender Weise Hand an die Erledigung dieser Fragen zu legen, so ist es das Großh. badische Ministerium des Innern, welches den Namen Eisenlohr trägt.

Deutschland.

Berlin, 6. Februar.

Der zweite Artikel „Zur Reform des Militärgerichtswesens" in der „Nordd. Allg. Ztg." führt aus: Auch wenn grundsätzlich ein der bürgerlichen Strafprozeßordnung nachgebildetes Verfahren, wie dies wahrscheinlich sei, adoptirt werde, so bleibe doch noch eine Reihe wichtiger und schwieriger Fragen ungelöst. Es sei ein Irrthum, zu glauben, daß der Hinweis auf das bayerische Recht geeignet sei, über diese Schwierigkeiten hinwegzuhelfen.

— Die städtische Parkdeputation nahm mit Zustimmung des Magistrats und der Stadtverordneten die erst unter den Etat vom 1. April fallenden gärtnerischen Arbeiten im Treptower- und im Viktoria-Park auf, wo je einige Hundert Arbeiter eingestellt werden. Auch die Bauverwaltung wurde vom Magistrat beauftragt, mit den im Etat für 1892/93 zu bewirkenden Arbeiten zu beginnen.

— Gerüchte über **geplante Ausnahmebestimmungen** gegen die Socialdemokratie tauchen in einer gewissen Presse, welche den Beunruhigungsbacillus mit Vorliebe pflegt und hegt, immer von Neuem auf. Neuerdings finden sich solche Nachrichten im „Hamburger Korrespondenten" und in der „Düsseldorfer Zeitung". Letztere will sogar wissen, im Schooße des preußischen Staatsministeriums habe man ganz kürzlich sich mit diesem Thema beschäftigt, ja es sei die Neigung an entscheidender Stelle zu Tage getreten, wieder strammere Saiten aufzuziehen, falls sich anarchistisch angehauchte, socialrevolutionäre Straßenexcesse in größeren preußischen Städten wiederholen sollten. Im socialistischen Hauptquartier habe man von dieser Neigung prompteste Kenntniß erhalten und es herrsche daselbst deshalb eine nicht geringe Bestürzung. Feste Entschlüsse und Pläne seien noch nicht gefaßt, aber es bedürfe nur noch eines kleinen staats- und gesellschaftsfeindlichen Anstoßes hiezu. Der „Hamburger Korrespondent" glaubt die naive Bemerkung hinzufügen zu sollen, das Centrum werde für dauernde Ausnahmemaßregeln jetzt leichter zu haben sein wie früher. Der Zweck der letzteren Bemerkung ist ebenso durchsichtig, wie das ganze Manöver mit der Nachricht überhaupt.

— Wegen des Ausbruchs der Rinderpest an der **deutsch-russischen Grenze** wird der **Landwirthschaftsminister** in diesen Tagen nach der Grenze sich begeben.

Danzig, 5. März. Gestern Abend wurden die Tumulte fortgesetzt. 45 Personen wurden verhaftet, meist wegen Landfriedensbruch. Heute herrscht Ruhe.

Meppen, 5. März. Die **Arbeiten des Dortmund-Emskanals** zwischen Meppen und Lingen wurden wegen des starken Frostes eingestellt. 300 Arbeiter wurden entlassen.

Leipzig, 5. März. Im Nordosten der Stadt fanden heute große Ansammlungen Arbeitsloser statt. Die Gendarmerie und Polizei mußte energisch einschreiten. Später wurden weitere Ansammlungen vor dem Rathhause zerstreut.

Darmstadt, 5. März. Der **Großherzog** ist gestern von einem Schlaganfall betroffen worden. Die rechte Körperhälfte ist gelähmt, doch ist das Bewußtsein erhalten. Die Nacht verlief ruhig, heute ist das Befinden unverändert.

Ludwigshafen, 5. März. Den Antrag der beiden konservativen Reichstagsabgeordneten aus Baden, Menzer und Graf Douglas, auf Erhöhung des Tabakzolles von 85 M. auf 125 M., haben auch die nationalliberalen pfälzischen Abgg. Brünings, Brunck, Dr. Bürklin und Dr. Karl Clemm unterzeichnet. Es verlautet überdies, daß von Bayern im Bundesrathe ein Antrag auf Erhöhung des Zolles für ausländischen Tabak eingebracht wird. Begründet wird dieser Schritt durch die schlechte Lage der deutschen Tabakproducenten. — Prinz Ludwig von Bayern wird in den nächsten Tagen eine pfälzische Tabakbauern-Deputation empfangen. Zuvor wird der Führer der Deputation, Lichtenberger, in Straßburger und Karlsruher Regierungskreisen Fühlung suchen, um eventuell weitere Schritte erfolgreich zu unternehmen.

München, 5. März. Der Lokalbahnausschuß überwies die Lindauer Petition, Bayern möge seinen Antheil an der eventuellen **Bodenseegürtelbahn** ausbauen, der Regierung zur Würdigung. Ministerpräsident von Crailsheim verspricht sich zwar nicht viel von dem Transitverkehr, denn die Arlbergbahn schade Lindau; das Bahnprojekt werde aber wohlwollend geprüft werden. Für eine Verbindung der Staatsbahnlinien **Würzburg-Ansbach** und **Würzburg-Nürnberg** über Marktbreit, liegt, wie Minister v. Crailsheim erklärte, keine Veranlassung vor.

Ausland.

Wien, 5. März. In dem galizischen Grenzorte Mielnica drängten sich zwei **russische Grenzsoldaten** bei einer Hochzeitsfeier ein und belästigten die Dorfschönen. Der Führer des Gendarmeriepostens erklärte die Grenzsoldaten wegen unbefugter Ueberschreitung der Grenze für verhaftet, worauf die Russen den Gendarmen angriffen, der in der Nothwehr einen Russen mit dem Bajonnet erstach. Ein zweiter Russe ertrank auf der Flucht im Dniestr, dessen Eisdecke brach.

Paris, 5. März. Der **Ministerrath** beschloß heute Vormittag, die **Munizipalwahlen,** welche gesetzmäßig am ersten Sonntag im Mai stattzufinden haben, an keinem anderen Tage stattfinden zu lassen, trotz zu erwartender Kundgebungen. (Da der erste Maisonntag, an dem die Gemeindewahlen stattzufinden haben, dieses Jahr mit dem 1. Mai, dem Tage der Arbeiterdemonstrationen, zusammenfällt, so war von verschiedener Seite befürwortet worden, die Gemeindewahlen auf einen anderen Tag zu verlegen.)

Die **Zolleinnahmen** im Februar ergaben einen Mehrertrag von 5,562,900 Frs. gegenüber dem Budget-Voranschlag und einen Mehrertrag von 10,339,000 Frs. im Vergleich zu denjenigen des Februar 1891.

Brüssel, 6. März. Seit einigen Tagen ist eine **geheime Untersuchung** eingeleitet, welche sich mit einem Versuche eines **Attentats** gegen das Hotel der **spanischen Gesandtschaft** beschäftigt. Die festgestellten Thatsachen sollen denjenigen analog sein, die bei dem Attentate gegen das Pariser Hotel der Prinzessin von Sagan ermittelt wurden.

Rom, 6. März. Einer Nachricht von der Insel Lipari zufolge hätten 300 zu Zwangsaufenthalt Deportirte einen **Aufstand** versucht. Die Truppen mußten einschreiten. Mehrere Personen wurden getödtet, viele verwundet.

Madrid, 5. März. Von hier wird berichtet, Ministerpräsident **Canovas** habe auf eine an ihn gerichtete Anfrage bestimmt erklärt, es bestehe **keinerlei Absicht,** die auswärtige Rente zu besteuern, Spanien werde **allen** seinen Verpflichtungen dem Auslande gegenüber nachkommen.

Athen, 5. März. Eine Versammlung von ungefähr 30 Deputirten, welche aus bisherigen Anhängern „Delyannis" bestand und die Mehrzahl der bisherigen Majorität repräsentirte, hat beschlossen, eine **Regierung zu unterstützen,** welche geeignet sei, den Bedürfnissen der gegenwärtigen Lage zu entsprechen und bezeichnete als solche ein Kabinet unter dem Vorsitze von **Rally.** Die Versammlung beauftragte den Kammerpräsidenten, dem König diesen Beschluß zu unterbreiten, zu welchem Zwecke sich heute eine Deputation in das Königliche Palais begibt.

Deutscher Reichstag.

C.P.O. **Berlin,** 4. März.

Der Reichstag, natürlich wieder schwach besucht, statuirte heute ein Exempel, indem er unter den eingegangenen Urlaubsgesuchen das des Abg. **Haerle** (Volksp.), welches mit „dringlichen Geschäften" begründet war, ablehnte. Herrn Haerle hindert es freilich nicht, so lange fortzubleiben, als er Lust hat.

Auf der Tagesordnung stand der Etat des **Auswärtigen Amtes** in Verbindung mit der zweiten Berathung des Etatsgesetzes für die Schutzgebiete.

Die Abgg. Dr. **Barth** und Genossen beantragen eine **Resolution,** wonach Unterhandlungen mit den auswärtigen Mächten eingeleitet werden sollen, damit durch Vereinbarung von Staat zu Staat die **Freiheit des Privateigenthums zur See in Kriegszeiten als Grundsatz** des Völkerrechts aufgestellt werde.

Abg. Dr. **Baumbach** (freis.) begründete die Resolution unter Hinweis auf die neuliche Besprechung dieser Materie beim Marineetat. 7 Schiffe für 47 Millionen Mark seien in Aussicht genommen, um den heimischen Handel zu schützen, den des Feindes zu schädigen. Das Reich wäre wohl in der Lage, den Anstoß dazu zu geben, daß der für den Landkrieg geltende Grundsatz von der Unverletzlichkeit des Privateigenthums auch zur See respektirt werde. Noch sei allerdings nicht einmal die Privatkaperei gänzlich abgeschafft, da Spanien und die Vereinigten Staaten der Pariser Konvention, in der diese Kaperei verboten wurde, nicht beigetreten seien. Letztere hätten sich aber nur geweigert, weil ihnen die Konvention nicht weit genug ging. Die Folge sei der bekannte Konflikt zwischen ihnen und England gewesen, der durch das Genfer Schiedsgericht entschieden wurde. 1856 sei bereits nahezu einstimmig ein dem jetzt vorliegenden völlig gleichlautender Antrag vom Reichstage angenommen worden. Der Antrag sei kein Parteiantrag; sei er ja nicht allein von den Freisinnigen, sondern auch von ihren nationalliberalen Stiefbrüdern, oder wenn man lieber wolle, Freunden unterzeichnet worden. Die Frage interessire nicht nur den deutschen Handel, sondern die ganze civilisirte Welt.

Reichskanzler Graf v. **Caprivi** bemerkt, der Antrag sei ein altes Postulat der Kaufleute und humanen Herzen aller Staaten. Die Regierung würde die Sache in die Hand nehmen, wenn sie sich irgend einen Erfolg davon versprechen könnte. Zur Zeit wäre aber eher zu befürchten, daß das Ergebniß internationaler Verhandlungen der Humanität noch weniger nützlich sein würde, als die 1856 getroffene Feststellung. Die Entwicklung des Seehandels und die Veränderungen in der Seekriegführung hätten die Sachlage seit 1856 zu Ungunsten des Privateigenthums geändert. Seeschlachten würden nie über das Schicksal von Staaten entscheiden. Auf die Neigung des Besiegten, Frieden zu schließen, könne nur durch Landung oder durch Zerstörung des Handels eingewirkt werden. Wie sollten wir z. B. bei einem Kriege mit Spanien die Milliarden anders herausziehen als durch den Seekrieg? Es könne also die Zerstörung des feindlichen Handels im Seekriege ein unumgängliches Mittel sein. Es handle sich nicht nur um das fremde Gut, sondern auch um das fremde Schiff. Ein Staat könne sehr wohl das Interesse haben, das fremde Gut, auch wenn es Privateigenthum sei, fortzunehmen, ohne daß er sich damit dem Vorwurfe der Barbarei aussetze. Wenn ein Schiff, das die Blokade durchbrechen wolle, weggenommen werde, so sei das doch nichts wesentlich anderes, als wenn wir 1870 einen Extrazug weggenommen hätten, der Lebensmittel in das belagerte Paris hätte bringen wollen. Seien Staaten auf das Mittel der Schädigung des feindlichen Handels angewiesen, so würden sie es gebrauchen. Sei nun schon das Gut schwerlich überall vor der Hand des Feindes zu schützen, so noch weniger das Schiff. Die Schiffe der Handelsmarine könnten jetzt sehr wohl zum Truppentransport, zum Rekognosciren und als Kreuzer verwendet werden. Die Mehrzahl der Seestaaten rechne bereits mit dieser Möglichkeit, so Frankreich, England, Rußland. Glaube man nun, daß der Gegner die Privatschiffe so lange über den Ocean laufen lassen würde, bis man sie zum Kriegsgebrauche eingezogen? Da man also das Privateigenthum zur See nicht mehr respektiren werde als bisher, würden Verhandlungen mit den fremden Staaten nutzlos sein.

Abg. Dr. **Hartmann** (kons.) billigte die Idee des Antrages; da er aber doch nicht durchführbar sei, thue man zum Schutze des Privateigenthums zur See besser, die Marine zu stärken.

Abg. **Jebsen** (nl.) bat dringend, jedenfalls Schritte zu thun, um der Kaperei abzuhelfen.

Abg. Dr. v. **Bar** (freis.) meinte, England werde vielleicht doch zu gewinnen sein für die Absichten des Antrages, da auch eine kleine seekriegführende Macht seinem Handel empfindlich schaden könne.

Abg. Dr. **Orterer** (Centr.) erkannte die Tendenz des Antrages als durchaus human und wohlwollend an; nach den Erklärungen des Reichskanzlers ließen sich aber die Folgen gar nicht übersehen. Das Beste wäre daher, die Antragsteller zögen ihn zurück. Der Antrag wurde alsdann **zurückgezogen.**

Zu Kapitel „Allgemeine Fonds" ist die für **geheime Ausgaben** bestimmte Summe wegen der geplanten Verwendung des Welfenfonds von 48,000 Mk. auf 500,000 Mk. erhöht worden.

Abg. **Rickert** (freis.) bedauerte, daß im preußischen Landtage die Frage des Welfenfonds mit diesem Fonds in Verbindung gebracht sei. Die preußische Regierung habe die Pflicht, die Frage des Welfenfonds zu lösen ohne Rücksicht darauf, was hier geschehe. Er sei bereit, den geforderten Fonds zu bewilligen, wenn ihm die Zusicherung gegeben werde, daß in Zukunft aus dem Welfenfonds nicht mehr Mittel gegeben würden zu den Zwecken, wozu der geforderte Fonds bestimmt sei, und daß in nächster Zeit dem preußischen Landtage das Gesetz über den Welfenfonds zugehe, das seine Verwendung zu politischen Zwecken ausschließe.

Reichskanzler Graf v. **Caprivi** erklärte, daß erstens vom 1. April ab das Reich keinen Pfennig mehr vom Welfenfonds erhalten werde, zweitens neben den hier geforderten 500,000 Mk. in Zukunft keine Beträge zu denselben Zwecken aus dem Welfenfonds gezahlt würden, drittens daß die Regierung ernstlich mit dem angekündigten Gesetze beschäftigt sei und in nicht ferner Zeit eine anderweitige gesetzliche Regelung des Welfenfonds herbeigeführt werde.

Abg. Graf **Ballestrem** erklärte, daß er mit dem größeren Theile seiner Freunde für den Fonds stimmen werde. Für sie komme ausschließlich zur Erwägung, daß die preußische Regierung einen Fonds, den sie für diese Zwecke zur Disposition gestellt, vom 1. April zurückziehe. Dem Reichskanzler danke er für seine Erklärung; er hoffe, daß die Lösung der Frage in Preußen noch erfolgen werde nach den ewigen Regeln der Gerechtigkeit.

Abg. v. d. **Decken** (Deutsch-Hannoveraner) hielt es durch die Erklärungen des Reichskanzlers für erwiesen, daß der Welfenfonds für Zwecke verwendet worden sei, die mit den Angriffen des Königs Georg von Hannover auf Preußen nichts zu thun hatten. Redner suchte dann das Verhalten der preußischen Regierung bei Einziehung des Privatvermögens des Königs Georg zu charakterisiren, wurde aber vom Präsidenten mehrmals unterbrochen und schließlich zur Sache gerufen. Das Reich habe sich zum Mitschuldigen gemacht, indem es nur 48,000 M. zu geheimen Ausgaben gefordert habe. Er lasse sich mit der Erklärung des Reichskanzlers genügen und werde für die erhöhte Summe stimmen, hoffe jedoch, daß die Regierung die ganze in die Reichskasse geflossene Summe feststellen und dem berechtigten Eigenthümer zurückgeben oder wenigstens dafür Sorge tragen werde, daß sie nicht in der Reichskasse bleibe. Es müsse vom Reiche die Schuld wieder abgewaschen werden, die für alle bestehe, die mit jenem Fonds in Berührung gekommen seien.

Abg. **Richter** erklärte, für die Erhöhung nicht stimmen zu können, so lange nicht durch ein preußisches Gesetz die Nothwendigkeit gegeben sei, daß aus dem Welfenfonds keine Gelder mehr für diese Zwecke verwandt würden. Auch sei das Bedürfniß für die Mehrforderung nicht nachgewiesen. Die jüngsten Vorgänge in unserer inneren Politik hätten ihn in seiner Vorsicht und seinem Mißtrauen noch stärken müssen.

Abg. v. **Bennigsen** bemerkte, er habe mit seinen Freunden aus Hannover die Erklärung des Reichskanzlers über den Welfenfonds mit großer Freude begrüßt und werde für die Forderung stimmen, die im Verhältniß zu andern Staaten noch gering sei.

Die 500,000 M. wurden hierauf gegen die Stimmen der Socialdemokraten, Volksparteiler und einiger Freisinnigen bewilligt. Der Rest des Ordinariums, mit Ausnahme der die Kolonien betreffenden Positionen, die zurückgestellt wurden, sowie ein Theil des Extraordinariums wurden ohne erhebliche Debatte erledigt und sodann die Weiterberathung auf **morgen** vertagt.

C.P.O. **Berlin,** 5. März.

Als heute im Reichstage wieder mehrere Urlaubsgesuche für längere Zeit vorlagen, machte der Präsident den Vorschlag, die Sitzungen lieber für einige Tage auszusetzen, um den Mitgliedern Zeit zur Erledigung unaufschiebbarer Geschäfte zu lassen, und dann wieder mit beschlußfähigem Hause zu arbeiten. Wie er am Schluß der Sitzung erklärte, soll dieser Vorschlag Mitte nächster Woche zur Ausführung gelangen.

Auf der heutigen Tagesordnung standen die auf die **Kolonialpolitik** bezüglichen Etatstitel des Auswärtigen Amtes, das Etatsgesetz für die Kolonien und die Etats für Kamerun, Togo und Südwestafrika. „Für Maßregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels und zum Schutze der deutschen Interessen in **Ostafrika**" werden 2½ Millionen Mark gefordert.

Abg. Dr. **Bamberger** (freis.) erklärte, seine Partei sei nur bereit, 1½ Millionen zu bewilligen, da man bei gutem Willen damit auskommen könne, verbreitete sich dann über den jetzigen Stand der Dinge in Ostafrika und suchte den geringen Werth dieser Kolonie für unser wirthschaftliches Leben darzuthun.

Reichskanzler Graf v. **Caprivi** ging auf die von Bamberger berührten Punkte näher ein. Wißmann sei noch Beamter und hoffentlich werde er seine Kräfte den Kolonien auf die eine oder andere Weise noch widmen. Wenn man aus dem Verschwinden Emin Pascha's schließe, daß in Ostafrika etwas ungesund sei, so könne man auch schließen, daß an Emin auch etwas nicht ganz gesund sei. Eugen Wolf sei nicht durch den heftig von ihm angegriffenen Herrn von Soden, sondern durch ihn (den Reichskanzler) ausgewiesen worden, ohne daß ein Gesuch v. Soden's vorgelegen hätte. Unsere Kolonie sei noch zu jung, um solche Erregungen wie sie durch die Kritik vorkämen, ohne Schaden tragen zu können. Etablire sich dort ein Mann, der alle Tage nach Berlin telegraphire, so könne die Rücksicht hierauf die Beamten in ihrem Gehorsam erschüttern; hier bei uns aber könne der Eindruck der Telegramme der Kolonie nicht förderlich sein. Die Schlachtenbummler im Kriege seien manchmal recht unbequem gewesen, aber nicht schädlich, da eben alles gut ging. Ob aber die entsprechende Thätigkeit solcher Kolonialbummler unschädlich bleibe, sei ihm sehr zweifelhaft. Redner erinnerte an die Berichte Wolf's nach der Zelewski'schen Expedition, die eine kolossale Aufregung hervorgerufen, aber mit den amtlichen Meldungen im Widerspruch gestanden hätten. Es sei ja begreiflich, daß ein Korrespondent das Bedürfniß habe, sich in Opposition zu sehen; seine Berichte würden dann reichhaltiger, als wenn er immer nur das bestätige, was der Gouverneur berichte. Daß in Ostafrika Unzufriedenheit herrsche, sei ja natürlich; unzufrieden seien die Araber, mit denen wir Krieg geführt, aber auch die europäischen Abenteurer, die schnell reich werden möchten. Wolf habe sich die vox populi genannt, aber welches Volkes, des schwarzen oder des weißen? Es sei ein hübscher Grad von Selbstgefühl, wenn Wolf dem Herrn v. Soden, der Bürger in Ostafrika war, Unkenntniß der Verhältnisse vorwerfe. Besonders beklagenswerth aber seien die persönlichen Angriffe. Herr v. Soden sei einer der selbstlosesten Beamten und nur seine Entsagung und sein Pflichtbewußtsein halte ihn auf seinem Posten. Er verpraße nicht die Gelder, sondern habe in Kamerun aus seinem Vermögen viel zugesetzt und thue das auch jetzt noch. Da habe er keinen Ausdruck, das Vorgehen des Herrn Wolf zu kennzeichnen, der diesen Mann mit Schmutz bewerfe. (Bravo!) v. Soden sei einer der verständigsten, klügsten Beamten, die wir hätten. Der Reichskanzler verlas dann den letzten Bericht des Gouverneurs, der die Lage als durchaus ruhig schildert. Sogar der Oberhäuptling der Wahehe habe freiwillig erklärt, daß der Ueberfall auf die Zelewski'sche Expedition ohne sein Wissen und Zuthun erfolgt sei. Eine Heimsuchung der Küsten sei heute schon entschieden ausgeschlossen. Es würden ja immer noch Nachrichten von einzelnen Verlusten kommen, aber die deutsche Herrschaft sei nicht gefährdet. v. Soden habe schon wesentliche Erfolge aufzuweisen. Die Ausweisung Wolf's werde aufrecht erhalten werden. Der Einzelne möge ja von einer solchen Maßregel schwer getroffen werden; es sei aber das Wohl des Ganzen im Auge zu halten. (Beifall rechts.)

Abg. Graf **Arnim** (Rp.) hielt die Ausweisung Wolf's durchaus für gerechtfertigt und führte aus, daß Ostafrika eine sehr große Zukunft habe. Sollten größere Mittel nöthig sein, so solle die Regierung sich nicht scheuen, sie zu fordern.

Abg. **Hoensbroech** (Centr.) meinte, in materieller Beziehung könne man von der Kürze der Zeit noch keine greifbaren Erfolge erwarten. Das Centrum habe aber stets mehr Gewicht auf die ethische Seite der Sache gelegt und betont, daß Deutschland sich an den Aufgaben der Civilisation, der Menschlichkeit und des Christenthums betheiligen müsse. Sowohl in Bezug auf die materielle wie auf die ethische Seite der Frage habe es in Herrn v. Soden einen außerordentlich geeigneten Vertreter. Die Missionäre, die Pioniere der Kultur, zu schützen, sei eine der vornehmsten Aufgaben der Kolonialpolitik. Dieser Aufgabe sei Herr von Soden voll gerecht geworden. Vom Standpunkte der Missionsthätigkeit aus sei er auch damit einverstanden, daß der Wißmann-Dampfer statt nach dem Viktoria- nach dem Tanganika-See gebracht werden solle, da dort die Sklavenjagden in erschreckendem Maße betrieben würden. Bedauern müsse er, daß, obgleich man in Ostafrika alles thue, um die Missionen zu fördern, in der Gesetzgebung Deutschlands noch Hindernisse beständen, welche den einzelnen Missionsgesellschaften unmöglich machten, hier die nöthigen Kräfte für ihr Wirken in Afrika auszubilden. Redner verwies dann auf eine Zeitungsnachricht, wonach von Hamburg 9000 Centner Rum nach Ostafrika gegangen seien. Es würde schwer getadelt werden müssen, wenn die Schnapseinfuhr gestattet würde. Wenn die Regierung in ihrer Kolonialpolitik auf dem Boden des Christenthums und der Civilisation bleibe, werde ihr die Unterstützung nicht fehlen. (Bravo!)

Direktor der Kolonialabtheilung Dr. **Kayser** stimmte bezüglich der Wirksamkeit der Missionen und der Schädlichkeit der Branntweineinfuhr mit dem Vorredner überein. Die Spirituosen unterlägen einem besonderen Einfuhrzoll, sodann werde noch eine Lizenzabgabe erhoben und der Ausschank sei beschränkt. An Farbige dürfe Branntwein nur mit schriftlicher Genehmigung des Ortsvorstandes abgegeben werden. Weiter trat der Redner den Ausführungen Bamberger's über den Handel mit Ostafrika entgegen.

Auch Abg. Dr. **Hammacher** (nl.) wandte sich gegen Bamberger und erklärte sich für die Forderung.

Abg. Dr. **Barth** (freis.) erklärte, die Angelegenheit des Herrn Wolf habe für die Freisinnigen einen lediglich prinzipiellen Charakter. Wolf möge bei seiner Parteinahme für das System Wißmann weit über die Grenzen der Objektivität hinausgegangen sein; deshalb brauche man aber einen Menschen nicht gleich für einen Verräther zu erklären. Jedenfalls sei die Maßregelung nicht rätlich gewesen, denn einmal habe Wolf dadurch erst eine größere Bedeutung gewonnen und dann sei er vielleicht erst durch sie zu seinen nachträglichen heftigen Kritiken veranlaßt worden. Gegen die Kritik der öffentlichen Meinung solle man überhaupt nicht allzu empfindlich sein. Weiter trat Redner dem Abg. Bamberger bei.

Abg. Graf **Mirbach** (kons.) bekämpfte die freisinnigen Redner und meinte, Kolonien seien für eine starke Flotte nöthig als Stützpunkte.

Abg. **Rickert** sprach sich im Sinne Barth's aus und mißbilligte das Vorgehen gegen Wolf, der von patriotischen Absichten erfüllt gewesen sei.

Reichskanzler Graf v. **Caprivi** entgegnete, dann sei dies jedenfalls mißverstandener Patriotismus. Nachdem Wolf von hier aus Empfehlungen erhalten und von den deutschen Behörden in Ostafrika gut aufgenommen worden, hätte er erst recht die Verpflichtung gehabt, in seinen Mittheilungen gewisse Grenzen nicht zu überschreiten.

Nachdem noch Abg. v. **Kardorff** gegen die Freisinnigen polemisirt und Abg. Graf **Mirbach** die Ausweisung Wolf's für durchaus gerechtfertigt erklärt hatte, wurden die 2½ Millionen gegen die Stimmen der Freisinnigen, Socialdemokraten und einiger Centrumsmitglieder **bewilligt** und die Weiterberathung auf **Montag** vertagt.

Baden.

Karlsruhe, 7. Febr. Seine Königliche Hoheit der **Großherzog** haben Sich unter dem 27. Februar d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Großh. Mecklenburgischen Oberkastellan **Dükkop** in Schwerin das Verdienstkreuz vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der **Großherzog** haben Sich unter dem 1. März d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Stallbediensteten des Fürsten Menschikoff Gabriel **Moissej** in Baden die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Karlsruhe, 2. März. Heute Vormittag nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog einen längeren Vortrag des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenraths, Geh. Rath Dr. v. Stößer, entgegen. Nachmittags hörte Höchstderselbe die Vorträge des Geheimen Raths Freiherrn von Ungern-Sternberg und des Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo.

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin begab sich heute Mittag nach Durlach, um daselbst einer Prüfung anzuwohnen und mehrere Anstalten zu besuchen. Höchstdieselbe war begleitet von der Oberhofmeisterin Frau v. Holzing, dem Oberhofmeister Freiherrn von Edelsheim und dem Kabinetssekretär von Chelius. Die Rückkehr erfolgte nach 4 Uhr.

Karlsruhe, 5. März. Das „Verordnungsblatt" Nr. 17 der großh. badischen **Zolldirektion** enthält: Verzeichniß der zur Abfertigung der sog. Plattstichgewebe aus Baumwolle (Nr. 2 d 3 des Zolltarifs) zu den ermäßigten Zollsätzen befugten Zoll- und Steuerstellen betreffend; die Transportkontrole im Grenzbezirk betreffend; Personalnachrichten.

** **Karlsruhe,** 5. März. Staatsrath Eisenlohr hat heute eine minder glückliche Stunde gehabt. Es kam **die Koncession zur Herstellung von Wasserwerken am Rhein zur Sprache** und wurde die längere Debatte durch den Abg. Marbe eingeleitet. Dieselbe spitzte sich schließlich dahin zu, ob der Stadtrath resp. Oberbürgermeister von Freiburg mit einer Eingabe an das Ministerium in dieser Sache hätte Berücksichtigung finden sollen oder nicht. In einem früheren Stadium der Berathung sind auch von nationalliberaler Seite harte Worte über das Vorgehen der Regierung gesprochen worden und es wurde die Frage aufgeworfen, ob sie neben einem vorschnellen Handeln nicht auch eine Ueberschreitung ihrer Befugnisse sich habe zu Schulden kommen lassen. Man überzeugte sich, daß letzteres nach Lage der Gesetzgebung nicht der Fall sei, aber auch davon, daß die dermalige Wassergesetzgebung auf solche Angelegenheiten keine Anwendung finden sollte und eben darum einer Aenderung bedürfe. Bezüglich des ersteren Punktes, ob die Regierung nicht vorschnell gehandelt, wollte man sich nicht beruhigen. Der Kommissionsbericht des Abg. Bassermann spricht einen förmlichen Tadel aus, wenn auch mit einer gewissen Milde und Zurückhaltung. Nach einer längeren juristischen Erörterung darüber, ob keinerlei Ueberschreiten der Befugnisse vorliegt und den gesetzlichen Bestimmungen über das Wasserrecht und das Expropriationsverfahren Rechnung getragen ist, sagt der Kommissionsbericht:

„Es sind hiernach auch bezüglich des Zwangsverfahrens die gesetzlichen Vorschriften gewahrt, allein trotzdem konnte sich Ihre Kommission nicht verhehlen, daß sich bei der Ertheilung der Konzession, durch welche wohl die bedeutendste Wasserkraft des Landes an eine Aktiengesellschaft zur Ausbeutung überlassen werde, eine größere Zurückhaltung der Großh. Regierung empfohlen hätte.

Es handelt sich hier um einen ersten größeren Versuch auf dem noch so wenig sicheren Gebiete der Elektrotechnik und kann man bei dem gegenwärtigen Stande der Wissenschaft zur Zeit kaum beurtheilen, welche Zukunft die elektrische Kraftübertragung haben wird. Die Resultate, welche

man heute erreicht hat, können in kurzer Zeit weit überflügelt werden, das jetzt schon überall auftretende System der elektrischen Einzelanlagen wird erfahrungsgemäß immer weiter ausgebildet und ist die Vervollkommnung der konkurrenzmachenden Gaseinrichtungen offen ersichtlich. Es ist endlich beim Mangel jeder Erfahrung bezüglich größerer Betriebe nicht ausgeschlossen, daß das jetzt projektirte Unternehmen nicht den Erfolg hat, welchen man erwartet und ein erheblicher Mißerfolg nicht nur unserer Staatskasse, sondern allen von der Anstalt Gebrauch machenden Personen große Nachtheile bringen.

Außerdem ist es nach Ansicht Ihrer Kommission nicht zweckmäßig, daß die Ertheilung der Konzession für derartige großartige Unternehmungen durch eine Bezirksverwaltungsbehörde erfolgen kann. Der Tragweite der darauf bezüglichen Bestimmungen des Wassergesetzes war man sich offenbar zur Zeit der Erlassung desselben nicht bewußt und wird eine anderweite Regelung nicht umgangen werden können."

Daran schloß sich folgender Antrag:

„Die II. Kammer wolle zu Protokoll erklären, es sei die Großh. Regierung zu ersuchen:

I. einen Gesetzentwurf zur ständigen Zustimmung vorzulegen, durch welchen die Benützung der öffentlichen Gewässer zu elektrotechnischen Zwecken geregelt, wird und

II. möge die Großh. Regierung bis dahin mit der Ertheilung weiterer Konzessionen zum Betriebe größerer elektrischer Anlagen an öffentlichen Gewässern einhalten."

Dieser Bassermann'sche Kommissionsbericht ist seit Wochen gedruckt in den Händen der Abgeordneten. Inzwischen hat „der Leiter des Ministeriums des Innern" den Gipfel nationalliberaler Huld und Gnade erstiegen. Er hat zur Freude und zum Troste der Herren Kiefer, Fieser, Gönner u. s. w. die größten Anstrengungen seiner Beamten zu Gunsten nationalliberaler Wahlen in Aussicht gestellt und damit Anspruch auf „den Dank des Vaterlandes" sich erworben. Gehörte die Sache zum Ressort des Finanzministeriums und wäre statt seiner Ministerialdirektor Seubert als Regierungskommissär am Ministertisch gesessen, dann wäre ohne allen Zweifel von nationalliberaler Seite ein böser Lärm aufgeführt worden. So aber wurde von dieser Seite selbst dann die sanfteste Seite angestimmt, als Staatsrath Eisenlohr stark provozirt und sich bedenklich vergaloppirt hatte. Der Abg. Marbe war nämlich noch nicht über die Bedenken hinausgekommen, die früher vor der ausdrücklichen Verschreibung Eisenlohr's an die Nationalliberalen auch nationalliberale Juristen gehegt hatten und er war gar nicht beruhigt darüber, daß Oberbürgermeister Winterer von Freiburg so wenig Gehör und Beachtung gefunden hat. Dies sprach er unumwunden in der Rede aus, womit er die ganze Debatte in Fluß brachte. Staatsrath Eisenlohr wurde sehr unangenehm berührt davon und bezeichnete in seiner Rechtfertigungsrede die Eingabe des Freiburger Stadtraths als „absolut inhaltslose" Schrift, welche die Regierung nicht veranlassen konnte, von den eingegangenen Verpflichtungen wieder zurückzutreten. An diese Kritik reihten noch andere minder freundliche Worte sich an, die mit dem bekannten Zittern seiner Stimme, dem sicheren Anzeichen der Aufregung, gesprochen wurden. Es war ein mehr als kühner Stoß eines Mannes, der sich absolut sicher glaubt. Und nach der nationalliberalen Seite hin war Eisenlohr auch sicher, durfte sich also schon Etwas erlauben. Der Abgeordnete Rau, der vom kaufmännischen Standpunkte aus einen sehr beachtenswerthen Fehler entdeckte, den die Großh. Regierung bei Ertheilen der Konzession gemacht hat, nahm zwar den Oberbürgermeister von Freiburg in Schutz, aber so, daß Eisenlohr ihn nachher als Zeugen in's Treffen führte, daß er in seinem Urtheile nicht zu weit gegangen sei. Man merkte im Laufe der nachfolgenden Debatte, daß er den richtigen Moment verpaßt hatte und suchte sich in Form einer persönlichen Bemerkung zu verbessern. Der Abg. Marbe zog später die in Frage kommende Eingabe hervor und verlas einige Hauptstellen. Der aufmerksame Zuhörer konnte nur auf's Höchste staunen, wenn er damit das Urtheil des Staatsraths Eisenlohr zusammenhielt. Die Abgeordneten Fieser und nach ihm Gönner nahmen gleichfalls den Freiburger Oberbürgermeister in Schutz, allerdings in sehr matter und für den Staatsrath Eisenlohr äußerst rücksichtsvoller Form. Nach ihnen griff Abgeordneter Wacker die Sache auf. Er überließ die Frage, ob die Regierung die Schranken ihrer Kompetenz eingehalten, den Juristen und ließ auch die andere Frage bei Seite, ob sie praktisch angemessen und richtig gehandelt habe. Nach ihm muß man angesichts einer so schwierigen Frage in diesem ersten Stadium ihrer Entwicklung im Urtheil sehr vorsichtig sein und der Kritik eine gewisse Zurückhaltung auferlegen, namentlich wenn sie die Richtung des Tadels annehme. Dieser Gesichtspunkt müsse zu Gunsten der Regierung gelten, die im vorliegenden Falle jedenfalls auf das Zeugniß Anspruch machen könne, das Richtige gewollt zu haben. Allein gerade so müßten auch Warnungen und Bitten mit großer Nachsicht beurtheilt und mit Wohlwollen entgegengenommen werden. Diesen Gesichtspunkt habe der Herr Staatsrath außer Acht gelassen. Redner stehe dem Herrn Oberbürgermeister von Freiburg so wenig nahe wie dem Herrn Staatsrath, allein das Urtheil über dessen Eingabe habe ihn verletzt. Der Abg. Rau habe es als „hart" bezeichnet; inzwischen habe der Abg. Marbe einige Stellen verlesen, jeder im Hause werde den Eindruck großer Ueberraschung bekommen haben und er stehe nicht an, das Urtheil des Herrn Staatsraths nicht blos als „hart", sondern auch als ungerecht und leicht zu bezeichnen. Er wolle es dahin gestellt sein lassen, ob einige etwas mehr sachkundige Mitglieder der Budgetkommission nicht auch ohne die Initiative des Freiburger Oberbürgermeisters zu dem Standpunkte gekommen wären, auf den sie sich stellten. Allein thatsächlich sei der Oberbürgermeister von Freiburg vorangegangen und was der Kommissionsbericht besage, decke sich wesentlich mit dem, was er als „der Erste auf dem Plan" der Regierung gegenüber geltend gemacht habe. War also seine Eingabe „absolut inhaltlos", dann sei auch dem Kommissionsberichte ein böses Zeugniß gegeben. Nach einer weiteren Darlegung, wie anerkennenswerth das Auftreten des Freiburger Oberbürgermeisters an sich und namentlich in Anbetracht der näheren Umstände sei, schloß er mit folgenden Bemerkungen: er glaube, daß es am Platze sei, dem, was von anderen Herren zur Vertheidigung des Freiburger Oberbürgermeisters gesagt worden, noch ein Wort beizufügen. Derselbe sei „der Erste auf dem Plane" gewesen; mit seinem Auftreten in dieser Sache habe er Anspruch auf den Dank dieses Hauses sich erworben und um das Land sich verdient gemacht. Wenn man von ihm auch sonst nichts wüßte, so hätte er schon damit den Beweis geliefert, daß er mehr als dieser oder jener andere den Beruf habe, ein höheres Amt zu bekleiden, als das des Oberbürgermeisters von Freiburg.

Dieser Schluß fand lebhaften Beifall; selbst Nationalliberale konnten sich nicht enthalten, auf Kosten ihres ministeriellen Gönners herzlich zu lachen. Eisenlohr machte „gute Miene zum bösen Spiel", versicherte, daß er den Redner „verstanden", seinen Platz gerne an Oberbürgermeister Winterer abtreten und auf das Vergnügen verzichten möchte, mit den Abg. Wacker zu diskutiren. Im Uebrigen hatte er sichtlich das Gefühl und das Bewußtsein, einen für ihn selbst unangenehmen Fehler gemacht zu haben; er sprach nun in einem wesentlich anderen Tone als vorher von seinen persönlichen Beziehungen zu Oberbürgermeister Winterer und war sichtlich bemüht, dem einmal gemachten Fehler die schärfste Spitze zu benehmen. Nach ihm sprach Geh. Oberregierungsrath Schenkel mit so viel Anerkennung von Winterer und seinem Auftreten in dieser Frage der Benützung des Rheinstromes zu elektrischen Werken, daß man auf den Gedanken kommen konnte, der sonst nicht allzubescheidene Herr fühle sich schon jetzt halb und halb als Rath eines Chef Winterer.

* **Karlsruhe,** 7. März. Auch die „Konst. Ztg." erhebt jetzt ihre Stimme, um gegen den von den Herren Kiefer und Fieser in der Kammer angeschlagenen Ton vorzugehen. Natürlich kann man von einem liberalen Blatt nicht verlangen, daß es seine eigene Leute direkt diskreditirt, es schlägt darum einen Umweg ein, indem es zuerst den Pfarrer Wacker als Erreger des Streites darstellt. „Allein, fährt es dann fort, der einzige Abgeordnete Wacker kann doch nicht Haltung und Ton der ganzen Kammer bestimmen, wenn die übrigen Kammermitglieder auf seine Tonart nicht eingehen wollen, einem unwürdigen Angriff muß doch der Angegriffene nicht auch unwürdig begegnen. Und von diesem Gesichtspunkt aus können wir insbesondere einen Theil der nationalliberalen Kammermitglieder von einer ganz wesentlichen Mitschuld an den bedauernswerthen Vorgängen in der Kammer nicht freisprechen. . . . Eine in der Sache unerbittlich strenge und entschiedene, in der Form aber ruhige und würdige Entgegnung würde den Eindruck siegreicher Ueberlegenheit hervorrufen und den Gegnern ihre Sticheleien bald entleiden, während man den letzteren kaum verübeln kann, wenn sie aus der vielfach zu Tage tretenden auffallenden Reizbarkeit den Schluß ziehen, daß die Liberalen das Bedürfniß fühlen, ihrem Unmuth über den Ausfall der letzten Wahlen Luft zu machen. Ein solcher Unmuth ist aber in der Partei selbst unseren Wahrnehmungen zufolge nicht vorhanden, vielmehr hat der Wahlausfall in der Partei lediglich den Entschluß gereift, mit allen Kräften und ernstem Willen an der Beseitigung der Uebelstände zu arbeiten, welche die Niederlage der Liberalen verursacht haben. Wir fürchten, daß die Haltung der Parteiführer im Landtag diesem Streben der Parteigenossen nicht förderlich ist, daß es demselben vielmehr hindernd in den Weg tritt. Wir halten es daher für eine unabweisbare Nothwendigkeit, diese Dinge auf der am Sonntag stattfindenden Delegirtenversammlung sowohl als insbesondere auf einer demnächst einzuberufenden Landesversammlung der Partei gründlich und freimüthig zu besprechen." Das ist deutlich.

* **Karlsruhe,** 7. März. Mit der „Bad. Ldsztg." haben wir uns in letzter Zeit weniger beschäftigt, weil ihre läppischen Ergüsse eine Antwort nicht verdienten. Die Phrasen von dem „Hetzartikel schmiedenden Pfarrer Wacker", „dem das Blatt einmal sagen will, was man von ihm hält" rc. rc. läßt man am besten mit einem mitleidigen Lächeln passiren. In ihrer Sonntagsnummer bringt jedoch die „Ldsztg." einen Artikel „Aus dem Oberlande", der schon in das Gebiet höherer Komik gehört und den wir deshalb unsern Lesern nicht vorenthalten wollen. „Der in jeder Kammerperiode unternommene Angriffskrieg der Ultramontanen auf die Amtsverkündiger, heißt es da, ist ein wohlüberlegter. Nicht durch ihren Inhalt sowohl sind diese Ortsblätter, denen der Pfarrer Wacker die Eigenschaft „geistesarm" nachgesagt hat, dem Kämpfer für die Herrschaft der Jesuiten im Wege, als vielmehr durch ihr Vorhandensein an sich. Denn so lange sie bestehen und durch ihre Eigenschaft als Verkündigungsblätter der Staatsbehörden gezwungen sind, in anständiger Sprache zu den Lesern zu reden und die Verhöhnung und Verdächtigung von Staat und Staatseinrichtungen, die Herabsetzung des Ansehens der Behörden, die Beschimpfungen und persönlichen Angriffe gegen Andersgesinnte, wie sie die Kaplanspresse täglich vorbringt, nicht in ihren Spalten aufkommen zu lassen, besitzen die Ultramontanen jene „Winkelpresse in der gefährlichsten Ausdehnung" noch nicht, die „durch ihre Organisation und die bemerkenswerthe Konformität ihrer ganzen Taktik" (wie Ludwig Häusser schreibt) ganz vorzüglich dazu diente, die badische Revolution vorzubereiten und herbeizuführen. Also die Ultramontanen, erfahren wir da mit Staunen, haben die Revolution von 1848 herbeigeführt." Wir dachten bis jetzt immer, das wären andere Leute gewesen. Aber die „Ldsztg." weiß das besser und beweist ihre Ansicht auf folgende wunderbare Art. „Schon tauchen", sagt sie nämlich, „auch die nämlichen Ausdrücke wieder auf, die im Jahre 1848 und 1849 erfunden wurden, man brachte nur das vom „Badischen Beobachter" aus dem Revolutionsarsenal hervorgeholte Wort „Rumpfkommission"." Tableau. Also das Wort „Rumpfkommission" leitet eine neue Revolution ein. Hier wollen wir abbrechen, um den Eindruck dieser Landeszeitungs-Weisheit nicht zu beeinträchtigen.

* **Karlsruhe,** 7. März. In Sachen des katholischen Arbeitervereins brachten wir in unserer letzten Nummer, nachdem wir die Genehmigung zur Veröffentlichung eingeholt, das staatsanwaltliche Erkenntniß wörtlich zum Abdruck. Unsere Leser werden daraus ersehen haben,

1. daß der angeschuldigte Kassier und Vorstand sich einer Unredlichkeit nicht schuldig gemacht,

2. daß der „Bad. Beob." die **Wahrheit** berichtete, als er schrieb, die staatsanwaltschaftliche Untersuchung habe nichts ergeben, was auch nur einen Schein von dem Verdacht der Unredlichkeit auf die Angeschuldigten werfen könnte,

3. daß wir ebenfalls im **Rechte** waren, als wir von einem Artikel der „Bad. Presse", in welchem behauptet wurde, die Staatsanwaltschaft habe konstatirt, daß der Kassenabschluß ungenau war, daß die fehlenden Gelder nachträglich ersetzt wurden und daß die Buchführung unrichtig gewesen ist, sagten, mit raffinirter Frechheit werde hier das Ergebniß der staatsanwaltschaftlichen Untersuchung verdreht und die Sache so dargestellt, als ob thatsächlich vorhanden gewesene Unterschlagungen nachträglich gedeckt worden seien, und

4. daß sich die „Bad. Presse" einer bewußten Unwahrheit schuldig machte, als sie uns entgegnete, die raffinirte Frechheit liege auf Seite des „Bad. Beobachters".

Wenn die „Bad. Presse" ihre Behauptung nur auf die Aussagen ihres zweifellos sehr zungenfertigen Gewährsmannes gestützt hätte, könnte man ihr allenfalls noch verzeihen, da die Redaktion aber nach eigener Angabe die Schrift des Staatsanwaltes selbst gelesen hat, können wir ihr den Vorwurf der bewußten Lüge nicht ersparen.

Im Eingang dieser Schrift heißt es wörtlich:

„Herrn Suddirektor v. Grafen hier, Kaiser-Allee 21, eröffne ich auf die Anzeige vom 22. d. M., daß ich derselben keine Folge gebe, weil sich nach den gemachten Erhebungen **keine Anhaltspunkte** dafür ergeben haben, daß der Kassier oder ein anderes Vorstandsmitglied des katholischen Arbeitervereins sich eine Unterschlagung von Vereinsgeldern oder eine andere strafbare Handlung habe zu Schulden kommen lassen. Es liegt hiernach auch kein Grund vor, eine amtliche Prüfung der Bücher anzuordnen rc. rc."

Bezüglich der einzelnen Anzeigepunkte heißt es:

„Die thatsächlichen Mittheilungen in den von Ihnen übergebenen Auszügen der Vereinsbank und städtischen Sparkasse sind zwar richtig, und ebenso ist richtig, daß der Abschluß im Kassenbuch S. 27 ungenau ist."

Es wird dann diese Ungenauigkeit des Weiteren auseinandergesetzt und zum Schluß wörtlich gesagt:

„Diese allerdings unrichtige Buchführung ist hiernach **hinreichend** aufgeklärt und ein Beweis dafür, daß ein Theil des Vereinsvermögens vorübergehend unterschlagen war, **nicht zu erbringen.**"

Und trotz dieser bestimmten, alle Zweifel ausschließenden Erklärung des Staatsanwaltes, die überdies noch durch die amtliche Revision des staatlichen Revisors Lamp erhärtet wurde, wagt es die „Bad. Presse", zu behaupten, der Staatsanwalt habe konstatirt, daß Vereinsgelder vorübergehend **unterschlagen** waren und **nachträglich** ersetzt worden seien. Kann man frivoler die Wahrheit mißbrauchen als die „Bad. Presse" und nach ihr der socialdemokratische „Volksfreund" gethan hat, ohne zu bedenken, daß dadurch der Ruin ganzer Familien herbeigeführt werden kann? Der „Bad. Beob." war bestrebt, in der Sache objektiv zu berichten und der Wahrheit zu ihrem Recht zu verhelfen. Er schwieg deshalb, bis die Ergebnisse der amtlichen Untersuchungen vorlagen und gab dann auf diese gestützt, sein Urtheil ab, verbunden mit einer möglichst objektiven Darlegung des ganzen Sachverhaltes, persönlich wurden wir dabei nur so weit, als für Uneingeweihte zur vollen Verständniß der Sache unbedingt nothwendig war. Wären die Ergebnisse der Untersuchung anders ausgefallen, dann hätten auch wir unsere Front verändert. So aber bleiben wir bei unserem Urtheil, von dem uns weder Protestversammlungen, noch Erklärungen rc. abbringen können; im Gegentheil, wir werden dadurch befestigt in der Ueberzeugung, daß die Gegner die Wahrheit nicht anerkennen wollen und verzichten deshalb auf jede weitere Entgegnung. Es genügt uns das beruhigende Bewußtsein, für die Wahrheit eingetreten zu sein und ihr zum Sieg verholfen zu haben.

Karlsruhe, 5. März. Ueber die Lage der badischen Industrie enthält der soeben erschienene Jahresbericht der großh. Fabrikinspektion folgende bemerkenswerthe Ausführungen: „Eine Reihe von Anzeichen läßt erkennen, daß die in den Vorjahren in steigendem Maße eingetretene Prosperität der gewerblichen Anlagen in dem Berichtsjahre in's Stocken gerathen ist. Der eingetretene Rückschlag macht sich auf fast allen industriellen Gebieten des Landes mit nur wenigen Ausnahmen bemerkbar. Ganz vorzugsweise gilt dies aber von der Textilindustrie, dem Baugewerbe, der Papierindustrie und den für die Kriegsverwaltung thätigen gewerblichen Anlagen. Wenn der Rückgang auf dem letzteren Gebiete auch relativ groß ist, so kommt hier doch eine geringere Anzahl von Anlagen in Betracht. Anders ist dies bei dem Baugewerbe, welches so zahlreiche Industriezweige und so viele kleinere Gewerbebetriebe beschäftigt. Hier wird der stockende Geschäftsgang überall auch wegen seiner absoluten Ausdehnung empfunden. Die beiden genannten Gebiete sind übrigens fast die einzigen, in denen die eingetretenen Aenderungen auch zu einer erheblichen Einschränkung der Zahl der beschäftigten Arbeiter geführt haben. Besonders auffallend tritt dies bei einer Patronenfabrik zu Tag, welche am Schlusse des letzten Berichtsjahres 3500, und jetzt mit ihrer Filiale nur noch 1100 Arbeiter beschäftigt. In diesen Industriezweigen ist bei der Natur der Bestellungen das die Arbeiter-Existenz am meisten bedrohende und ihre gesunde Entwicklung beeinträchtigende Schwanken des Arbeitsmarktes am größten und übertrifft noch die auf dem Gebiete der Modeindustrieen den Arbeitern so verhängnißvollen Fluktuationen. Eine nur für militärischen Bedarf arbeitende Pikrinsäurefabrik stand etwa ein halbes Jahr lang vollständig still und ist nur wieder in Thätigkeit getreten, nachdem sie durch ein billigeres Verfahren den Preis des Produktes beträchtlich herabsetzen und die gesammte Konkurrenz aus dem Felde schlagen konnte. Sie soll z. Zt. die einzige derartige Fabrik mit Großbetrieb im Deutschen Reiche sein. Verbreiteter und im Ganzen umfangreicher sind aber die Einschränkungen, welche die Abnahme der Bauthätigkeit mit sich bringt, und viele Industriezweige führen die fühlbare Abnahme des Verbrauchs ihrer Artikel auf diesen Rückgang zurück. In der Textilindustrie bezieht sich der schlechte Geschäftsgang auf alle Zweige. Hier sind aber, gerade so wenig als in den anderen Industrieen, die ebenfalls über schwierigeren Absatz und weniger lohnende Preise zu klagen haben, Reduktionen in der Arbeiterzahl nicht eingetreten. Das große, in solchen stehenden Anlagen festgelegte Kapital gestattet eben nicht, daß in schwierigen Zeiten und bei unlohnendem Geschäftsgange der Betrieb ganz oder theilweise eingestellt werde. In einem Falle ist aber eine solche Einstellung des Betriebes doch erfolgt, nämlich in einer gerade errichteten mechanisch betriebenen Seilfabrik. Die Bestellungen blieben fast vollständig aus, da es der neuen Anlage nicht gelang, sich einen Kundenkreis zu erwerben, während die bestehenden Fabriken den übrigen festhalten konnten. Abgesehen von solchen vereinzelten Erscheinungen ist man zu nennenswerthen Einschränkungen des Betriebs in den Fabriken im Berichtsjahre nicht geschritten. Hiervon hält wohl die Erwägung ab, daß die mit der Einschränkung nothwendig verbundene Steigerung der allgemeinen Geschäftskosten in solchen Zeiten nur die Schwierigkeit des Absatzes vermehren werde." Des Weiteren erwähnt dann der Bericht, daß sich im Gegensatze zu der vorstehend geschilderten allgemeinen Signatur einige Industriezweige einer fortdauernden Prosperität erfreuen. So die Fabriken landwirthschaftlicher Maschinen und die Cigarrenfabriken, welch' letztere im verflossenen Jahre abermals um zahlreiche Neuanlagen vermehrt worden sind. Leider hat die wachsende Zunahme der Cigarrenindustrie bis jetzt keine merkliche Steigerung der immer noch ziemlich niedrigen Arbeitslöhne zur Folge gehabt.

Freiburg, 5. März. Abgeordneter Gsell, gegen welchen heute Verhandlung angesetzt war, ist psychiatrischer Beobachtung übergeben worden. Angeblich hat derselbe schon seit mehreren Wochen Symptome von Geistesstörung gezeigt.

Personalnachrichten.

Großh. bad. Staatseisenbahnen.

Versetzt: Die Eisenbahnassistenten Emil Scheeber in Karlsruhe nach Baden, Otto Fritton in Basel nach Thiengen, Ferdinand Krämer in Mannheim nach Pforzheim und Wilhelm Koch in Achern nach Mannheim, Karl Rectanus, Eisenbahnkandidat (Expeditionsgehilfe) in Pforzheim nach Achern, die Expeditionsgehilfen Friedrich Locher in Bretten nach Mannheim, Rudolf Gleibimhaus in Freiburg nach Wiesloch, Fdr. Gamber, in Schwetzingen nach Rheinau, Wilhelm Schück in Mannheim nach Zell, Karl Trautmann in Appenweier nach Wolfach, Adam Ruprecht in Mannheim nach Appenweier und August Blank in Wolfach nach Schaffhausen.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 5. März.

41. öffentliche Sitzung der 2. Kammer. (Schluß.)

Abg. Wengold. Es sei noch ungewiß, ob das Unternehmen überhaupt zu Stande komme, da die Aktiengesellschaft erst zu gründen sei. Er mache aber auch darauf aufmerksam, daß, wenn das Unternehmen zu Stande komme, werde der Rhein verbreitert und somit auch eine Verlängerung der Rheinbrücke bei Rheinfelden nöthig werde. Rheinfelden sei dabei finanziell sehr stark interessirt und er bitte deßhalb die Regierung, dieser Gemeinde eintretenden Falls eine Unterstützung zukommen zu lassen und bitte weiter heute schon um eine entsprechende Erklärung.

Abg. Rau kommt ebenfalls auf das Wasserwerk zu sprechen. Der Staat solle solche Unternehmungen niemals in die Hand nehmen; das Wassergesetz müsse geändert werden; die Abfassung des Vertrages halte er für unsere Interessen nicht besonders glücklich. Die Beurtheilung des Freiburger Stadtrathes sei von Seiten des Ministers etwas zu hart gewesen.

Abg. Schüler freut sich ebenfalls über die in Aussicht gestellte Errichtung des Kanals von Neuenberg nach Altbreisach. Er stimme darin den Ausführungen des Abg. Blankenhorn bei, wenn er auch nicht glaube, daß alle Klagen verstummen werden. Mit Herrn Abg. Pfefferle stimme er darin überein, daß der Kanal weiter durchgeführt und auch der Landwirthschaft durch Entwässerung der Wiesen u. s. w. nutzbar gemacht werden solle.

Abg. Marbe ist von der vom Minister ertheilten Antwort bezügl. des erwähnten Staatsvertrages nicht befriedigt. Es sei ja natürlich, daß eine Reihe von Staatsverträgen ohne die Genehmigung der Kammer abgeschlossen werden können; allein hier handle es sich um viel mehr, es handle sich hier um ein Expropriationsrecht. Die Aeußerungen über die Eingabe der Stadt Freiburg halte er für nicht zutreffend. Der Stadtrath sei durchaus nicht anmaßend gewesen, auch verdiene die Eingabe die ihr gewordene Charakterisirung" inhaltlos" nicht. Der Stadtrath wolle nichts anderes haben, als daß man derartige große Unternehmungen nicht ohne Rücksicht auf alle Interessenten des Landes in's Werk setze. Redner verliest einzelne Stellen aus der Eingabe und beweist damit, daß sie nicht inhaltlos war, sondern eine Reihe sehr beachtenswerther Gesichtspunkte enthielt. Der Stadtrath wollte die Regierung nicht von dem Plan abbringen, sondern nur darauf aufmerksam machen, daß hinter Säckingen auch noch Leute wohnen, die an der Sache ein Interesse haben. Das Vorgehen der Kommission sei deßhalb sehr an der Zeit gewesen.

Abg. Gönner: Es handle sich hier nicht um die Veräußerung eines Rechtes, sondern um eine Mitbenützung, weßhalb die Regierung zur Abschließung des Vertrages berechtigt gewesen sei. Auch sei sie jedenfalls von der Absicht getragen gewesen, ein dem Allgemeinwohl dienendes Werk zu unterstützen.

Abg. Fieser regt die Frage des Kanals Mannheim-Straßburg an, diese sei viel wichtiger. Die Frage scheine allerdings gegenwärtig eingeschlafen, könne aber jeden Tag wieder in Fluß gebracht werden. Wir müßten deßhalb bei jeder Gelegenheit betonen, daß wir einem linksseitigen Kanal unsympathisch gegenüberstehen, da die badischen Interessen dadurch sehr geschädigt würden. Es sei ein berechtigter Gedanke des Freiburger Oberbürgermeisters gewesen, nicht schon jetzt diese Wasserkräfte in die Hände des Privatkapitals zu übergeben. Einstweilen müßten wir zuwarten. Die Regierung habe zwar loyal gehandelt, aber es könne einmal die Zeit kommen, wo sie es bedauern würde, wichtige Rechte aus der Hand gegeben zu haben.

Abg. Wacker läßt die Frage bei Seite, ob die Regierung nach allen Seiten hin in dieser Sache praktisch gehandelt habe, jedenfalls habe sie aber optima fide gehandelt. Die Kritik des Ministers über die Eingabe des Freiburger Stadtrathes, habe ihn verletzt, sie sei ungerecht und leicht gewesen. Der Oberbürgermeister von Freiburg sei zuerst auf dem Plan gewesen und habe Gesichtspunkte geltend gemacht die allgemeine Beachtung verdienen und auch von der Budgetkommission zu eigen gemacht worden. Wenn aber seine Eingabe unhaltlos genannt worden sei, so stehe es schlimm auch mit der Budgetkommission, denn sie habe seine Ansichten sich zu eigen gemacht. Der Kritik des Ministers gegenüber sei es Pflicht der Volksvertretung, dem Oberbürgermeister von Freiburg den Dank auszusprechen, er habe sich um das Land verdient gemacht und damit gezeigt, daß er für eine höhere Stelle mehr vereigenschaftet sei, als derjenige, der an seiner Eingabe eine solche Kritik geübt habe.

Staatsrath Eisenlohr: Auch er stehe mit Oberbürgermeister Winterer auf freundschaftlichem Fuße und er sei ganz damit einverstanden, wenn er an seine Stelle trete. Die in der Eingabe ausgesprochenen Ansichten seien der Regierung ebenfalls bekannt gewesen.

Ministerialrath Schenkel vertheidigt das Vorgehen der Regierung, die vollständig gesetzlich gehandelt und ihre Rechte voll und ganz gewahrt habe. Bei diesem Werke müßten wir uns die nöthigen Erfahrungen für ein Gesetz und die zu beobachtende Verwaltungspraxis gewinnen und deßhalb begrüße er die Konzession, die schon heute zu sehr eingehenden und werthvollen Erörterungen Veranlassung gegeben habe. Der Staatsvertrag enthalte keine gesetzlichen Bestimmungen, weßhalb eine Zustimmung der Kammer nicht nothwendig sei. Eine Vergebung eines Nutzungsrechtes liege nicht vor. Eine Betheiligung des Staates bei der Verwaltung halte er für sehr gefährlich, insbesondere da eine alle

technische, kaufmännische und juristische Begabung besitzende Kraft sehr schwer zu finden sei. Eine Verlängerung des Kanals bei Breisach und Theilung desselben auf die rechte und linke Seite des Kaiserstuhles halte er für sehr praktisch.

Abg. **Birkenmeyer**: Die Kommission habe der Regierung wegen der Konzessionsertheilung keinen Vorwurf machen können, andererseits sei es ihr aber auch nicht unterlagt gewesen, vorher die Stände darüber zu hören. Bezüglich der eventuellen Verlängerung der Rheinfelder Rheinbrücke sei er der Ansicht, daß die Unternehmer des Werkes die Brückenkosten zu tragen haben würden. Der Staat habe keinen Grund einen Beitrag zu geben. Ferner wäre es wünschenswerth zu wissen, von wann die Konzession datirt ist, damit ersehen werden könne, bis wann die Gesellschaft sich gebildet haben müßte. Das Projekt am Kaiserstuhl könne er nur angelegentlichst empfehlen, dagegen stelle er an die Großh. Regierung die Bitte, beim Bundesrath dahin wirken zu wollen, daß ein Zuschuß zu einem linksrheinischen Kanal von Straßburg nach Mannheim nicht geleistet würde, denn es sei unstatthaft auf Kosten des Reiches zum Nachtheil eines Reichsantheiles einen anderen zu bevorzugen.

Abg. **Gesell** wünscht eine bessere gesetzliche Regelung der Benützung des Wasserkräfte.

Abg. **Reichert**: Es habe ihn sehr gefreut, daß vom Abg. Fieser die Frage des linksrheinischen Kanals zur Sprache gebracht worden sei; er glaube jedoch nicht, daß eine Einsprache der Regierung die Ausführung des Projektes verhindern könne. Wir müßten vielmehr daran denken, vorher einen rechtsrheinischen Kanal zu erbauen oder den Rhein schiffbar zu machen, womit jedenfalls Bayern und Elsaß einverstanden seien und ihren Beitrag liefern würden. Er bitte daher die Regierung, dieses Projekt im Auge zu behalten. Nach einem Schlußwort des Berichterstatters werden die angeforderten 30,000 M. genehmigt.

ebenso die ordentlichen Einnahmen aus Wasser- und Straßenbau mit jährlich 888,262 M.

Ferner die Einnahmen aus der Katastervermessung mit 207,729 M.

Topographische Karte 7,489 M.

Die Gesammtsumme des ordentlichen Etats

pro 1892 1,103,115 M.

pro 1893 1,103,846 M.

Außerordentlicher Etat 122,251 M.

Titel 18 Verwaltung des Bergwesens:

Ausgaben pro 1892 betragen 5670 Mk.

" " 1893 " 5170 "

und werden genehmigt. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr.

Großherzogliches Hoftheater.

II. **Karlsruhe**, 7. März.

Zu einer wahren Glanzvorstellung gestaltete sich die gestrige Aufführung von Rossini's geistvoll prickelnden, von toller Lebenslust überschäumenden und doch stets graziösen „Barbier von Sevilla". Unser Gast Francesco d'Andrade, Portugiese von Geburt, sang (auf italienisch) die Titelrolle und zwar in einer Weise, die man ungefähr als vollkommen bezeichnen muß. Dieser Barbier kann eigentlich von einem Deutschen nicht in der vom Komponisten gedachten Weise wiedergegeben werden, es gehört dazu südländisches Blut, südländische Beweglichkeit und der Ausdruck südländischer Schlauheit und Verschmitztheit. Darüber verfügt d'Andrade in vollem Maße und besitzt dabei eine Stimme, welche an Wohlklang und Kraft ihres Gleichen sucht, aber so leicht nicht findet. Kommt nun noch eine so brillante Unterstützung dazu, wie sie dem Gaste hier gestern von Seite des ebenfalls und zwar in tadelloser Weise italienisch singenden Herrn Rosenberg als Graf Almaviva, der diesem Beispiel folgenden Frl. Fritzsch als Rosine, sowie von den Herren Nebe—Bartolo — und Plank—Basilio — geboten wurde, so läßt es sich denken, daß eine solche Vorstellung das Entzücken eines jeden Zuhörers hervorrufen muß. Das trotz der „Großen Preise" ausverkaufte Haus nahm denn auch die Vorstellung, deren einzelne Nummern auch fast ebenso viele Treffer waren, mit Begeisterung entgegen und zeichnete den Gast wie das heimische Personal mit nicht endenwollendem Beifall aus. — Vom Hoftheaterbureau wird uns geschrieben, daß zum zweiten Gastspiel des Herrn d'Andrade (am Freitag, den 11. März „Don Juan") bereits so viele Vormerkungen eingegangen sind, daß solche nur noch auf Parterrelogen, Logen 2. und 3. Rangs und 2. R. Fremdenloge 2. Abtheilung angenommen werden können. Vormerkungen zum dritten und letzten Gastspiel des Herrn d'Andrade (am Montag, den 14. März: „Nelusko" in „Die Afrikanerin") werden erst von Dienstag, den 8. März, Vormittags 8 Uhr an vom Vormerkbureau angenommen.

Neueste Nachrichten.

Darmstadt, 6. März. Der Großherzog hatte eine ruhige Nacht; im Uebrigen ist der Zustand unverändert.

Haus- und Landwirthschaftliches.

— Pflege der Saatfelder im Frühjahr. Man kann durch eine passende Pflege der Saatfelder im Frühjahr manchen Schaden verhindern. Ist der Boden in Folge des Auf- und Zufrierens locker und rissig, so daß die Pflanzen emporgehoben sind, so ist es nöthig, besonders an Stellen, welche an und für sich naß sind, so daß ein außerordentlich starkes Auffrieren stattgefunden hat, den Boden zu walzen, damit die freigelegten Würzelchen der Pflanzen wieder an das Erdreich angedrückt und mit Erde bedeckt werden. Alsdann werden auch die trockenen Frühjahrswinde den Pflanzen nicht mehr so leicht etwas anhaben können. Hat sich während des Winters durch Verschlämmung eine oberflächliche Kruste gebildet, so kann dieselbe am besten mit einer Ringelwalze gebrochen werden.

Handel und Verkehr.

Rastatt, 5. März. (Fruchtmarkt.) Weizen neuer 23.—, 22.75, 22.50 Mk., Korn neues 20.50, 20.30, 20.— Mk., Gerste neue 17.—, 14.50, 12.— Mk., Hafer neuer 14.50, 14.50, 14.50 Mk., Welschkorn 16.50, 16.25, 16.— Mk., Kernen —.—, —.—, —.— Mk. Eingeführt und verkauft wurden: Weizen 2,100 Kilo, Korn 3,000 Kilo, Gerste 4,000 Kilo, Hafer 1,300 Kilo, Welschkorn 400 Kilo, Kernen — Kilo.

Bayerische 100 Thlr.-Loose vom Jahre 1866. Ziehung am 1. März 1892. Gezogene Serien: Nr. 17 19 57 58 66 86 213 228 259 262 318 321 415 431 463 547 595 596 736 756 765 774 826 841 853 1007 1028 1097 1148 1192 1308 1319 1355 1394 1428 1448 1467 1475 1492 1528 1567 1577 1587 1658 1912 1975 2061 2074 2172 2173 2191 2217 2226 2229 2293 2395 2403 2436 2485 2496 2509 2515 2564 2577 2582 2629 2723 2778 2798 2807 2808 2832 2865 3007 3045 3055 3041 3098 3187. Die Prämien-Ziehung findet am 1. Mai statt. (Ohne Gewähr.)

Augsburger 7 fl.-Loose vom Jahre 1864. Ziehung am 1. März. Auszahlung sofort. Außer den bereits mitgetheilten Hauptpreisen wurden noch folgende Gewinne gezogen: Serie 592 Nr. 20, S. 721 Nr. 52, S. 1092 Nr. 89, S. 1648 Nr. 59, S. 2073 Nr. 54 à 100 fl. Serie 739 Nr. 21, S. 1062 Nr. 37, S. 1226 Nr. 89, S. 1614 Nr. 33, S. 1699 Nr. 21, 54, 89, S. 1924 Nr. 89, S. 2043 Nr. 11, S. 2073 Nr. 30 à 50 fl. Serie 592 Nr. 70, S. 721 Nr. 55, S. 739 Nr. 18, 89, S. 1052 Nr. 5, 36, 90, S. 1092 Nr. 87, S. 1226 Nr. 90, S. 1285 Nr. 85, S. 1288 Nr. 60, S. 1307 Nr. 38, 69, S. 1614 Nr. 83, S. 1648 Nr. 52, S. 1680 Nr. 50, 76, S. 1699 Nr. 11, 13, 58, 84, S. 1711 Nr. 46, 78, S. 1925 Nr. 28, S. 2044 Nr. 46, 64, 89, S. 2073 Nr. 54 à 40 fl. Serie 563 Nr. 25, 56, 66, S. 592 Nr. 28, 57, 74, S. 721 Nr. 21, 22, 64, S. 739 Nr. 48, 63, 96, S. 1052 Nr. 26, 85, 89, S. 1092 Nr. 49, S. 1125 Nr. 48, S. 1226 Nr. 71, 91, S. 1285 Nr. 81, S. 1307 Nr. 50, 61, S. 1476 Nr. 46, 61, S. 1680 Nr. 65, 75, S. 1699 Nr. 88, S. 1711 Nr. 42, S. 1925 Nr. 22, 25, 86, S. 2044 Nr. 48, 95, S. 2073 Nr. 74 à 30 fl. Alle übrigen in den gezogenen Serien enthaltenen Nummern je 10 fl.

(Ohne Gewähr.)

Konkurs. Frz. Jos. Bürkle, Müller, und dessen Ehefrau Maria, geb. Widmann, in Gundelfingen, Amt Freiburg, Eröffnungstermin 29. Febr., Anmeldefristablauf 21. März, 1. Gläubigerversammlung 17. März, Prüfungstermin 4. April.

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Eheschließungen: 5. März. Friedrich Schwörer von Landau, Zuschneider hier, mit Hermine Weiß von Rheinweiler. — Friedrich Volk von Sachsenflur, Schutzmann hier, mit Wilhelmine Malmsheimer von Neuenbürg. — Ernst Eisele von Wettingen, Schuhmacher hier, mit Katharina Baudermann von Kirchenfall. — Friedrich Born von Gödebehn, Schmied hier, Katharina Störner von Dallau.

Geburten: 2. März. Heinrich Wilh., Vater Friedrich Geißler, Eisenbahnschaffner. — 3. März. Karl Wilhelm, Vater Karl Tansel, Schuhmacher.

Todesfälle: 3. März. Heinrich Römhildt, Oberpostsekretär a. D., ein Ehemann, alt 56 Jahre. — 4. März. Franz, alt 16 Tage, Vater Friedrich Metz, Schneider. — Karoline, alt 1 Jahr 2 Monate 12 Tage, Vater Ludwig Wörner, Arbeiter.

Auswärtige Todesfälle.

Offenburg: Amalia Schmalzer, geb. Burke, 57 J. 5 M.
Säckingen: Wilhelm Albing.

Für den brandbeschädigten Familienvater in Neukirch

(vergl. Aufruf in heutiger Nummer) sind bei der Expedition dieses Blattes eingegangen:

O. St. N. A. hier 20 Mk., Julius Spek hier 3 Mk. J. M. hier 2 Mk., H. G. 3 Mk. Zusammen 28 Mk.

Wir bitten um weitere milde Gaben.

Todes-Anzeige.

Den in Ferien abwesenden Herren Alumnen des Erzbischöfl. Theologischen Konviktes widme ich hiemit die Trauernachricht, daß unser lieber Commilitone

Joseph Richard Brenner,
von Ballenberg,

gestern Abend 5 Uhr, nach kurzem schwerem Leiden, versehen mit den heiligen Sakramenten, gestorben ist.

Es wird meiner Erinnerung nicht bedürfen, um alle Angehörigen unseres Hauses zum Gebete für den theuern Hingeschiedenen zu veranlassen.

Freiburg, 6 März 1892.

Prof. Dr. A. Schill,
Erzb. Konviktsdirektor.

Bauarbeiten-Vergebung.

Zu den **Reparaturen** an den **Pfarrgebäulichkeiten** in **Gommersdorf** sollen zur Ausführung in Akkord vergeben werden:

	im Anschlag zu Mark
Maurerarbeit	1683.59
Steinhauerarbeit	111.76
Zimmerarbeit	332.14
Gypserarbeit	131.—
Schreinerarbeit	900.15
Glaserarbeit	163.90
Schlosserarbeit	408.30
Blechnerarbeit	96.36
Tüncherarbeit	852.21
Tapezierarbeit	43.60
Schieferdeckerarbeit	200.—
Pflästererarbeit	36.75

Nach Prozenten der Kostenberechnung auszudrückende Angebote hierauf wollen verschlossen und mit Aufschrift „Angebot" versehen, längstens bis

Donnerstag, 17. März l. J.,
Vormittags 10 Uhr,

bei kathol. Stiftungsrath Gommersdorf portofrei eingereicht werden, woselbst unterdessen die Kostenberechnungen und Bedingungen zur Einsicht aufliegen.

Heidelberg, den 5. März 1892.

Erzbischöfliches Bauamt:
Maier.

Universität Freiburg i. d. Schweiz.

Das **Verzeichniß der Vorlesungen** für das Sommersemester 1892 ist erschienen und wird auf Verlangen **gratis** durch das Universitäts-Sekretariat zugesandt, das auch weitere Auskunft ertheilt.

Beginn der Inscriptionen 25. April, der Vorlesungen 3. Mai.

Freiburg i. d. Schweiz, den 1. März 1892.

H 272 F **Das Rektorat.**

Unentbehrlich für jede Köchin und Hausfrau, jedes Hotel und alle Kochmädchen!!!

Soeben erschien:

Helene Apffel's

Koch-Rezeptebuch

mit 7 Küchenzetteln, Hausregeln, Muster Kochrezepten 2c.

Ausgabe A ohne Register nur **1 Mark.**
Ausgabe B in **hochcleg. Prachtband** mit Register nur **2 Mark.**

2. verbesserte Auflage. 6tes bis 10tes Tausend!

Gegen 1 Mk. 20 Pfg., respective 2 Mk. 30 Pfg versendet franko.

Aug. Gotthold's Verlag,
Kaiserslautern.

Dieses hübsche und praktisch eingerichtete Koch-Rezeptebuch wird von jeder **Hausfrau**, allen **Hotels**, jeder **Köchin**, besonders aber von **Kochmädchen** willkommen geheißen werden, zumal ähnliche Bücher sich bisher als unpraktisch und zu theuer erwiesen haben. Man achte daher genau auf den Titel:

Helene Apffel's Koch-Rezeptebuch

und lasse sich durch keinerlei Anpreisung **ein anderes** unpraktisches Buch aufschwatzen. 3.1

Zu verpachten

oder unter günstigsten Bedingungen

zu verkaufen:

das der Aktien-Gesellschaft Marienburg-Köln gehörende

neue, schloßartige

Hôtel-Restaurant Marienburg-Köln.

Dasselbe enthält: Speisesaal, Musik-, Spiel-, Lese- und 20 große Fremdenzimmer, meistens mit Erkern und Balkonen, 2 Badezimmer, Gas- und Wasserleitung, Telephon u. s. w. — Es sind außerdem vorhanden ein angebauter großer Bankett- resp. Concertsaal, bedeckte Veranda, Terrassen, Stallungen, Remise, Kinderspiele und ein Wartehaus an der Dampfschiff- und Pferdebahn-Station.

Das Hôtel liegt auf einem Hügel, dicht am Rhein, 20 Minuten oberhalb der Altstadt, inmitten eines 20 Morgen großen, prächtigen alten Parks und der Villenkolonie Marienburg mit ihren schattigen Alleen, unmittelbar an der Pferdebahn und der Landebrücke der Rheindampfboote.

In Schönheit der Lage und Umgebung ist dieses Hotel in Köln und Umgegend ohne jede Konkurrenz.

Fast alle seine Zimmer haben Aussicht auf den Rhein und das Rheinthal bis zum Siebengebirge. — Die Luft daselbst wird von Aerzten als besonders rein und erfrischend empfohlen.

Hervorragend tüchtige und solvente Pacht- und Kaufliebhaber finden für etwaige weitere Wünsche, als: Flügelanbauten, Anlage elektrischer Beleuchtung und Rheinbäder, Mitvermiethung benachbarter Villen 2c., möglichstes Entgegenkommen. — Mobilien für Wirthschaftsräume und Garten vorhanden.

Jede weitere Auskunft ertheilen die Mitbetheiligten

Leybold & Co. in Köln, Richmodstraße 8.

Concert-Saal
Brauerei Schrempp. Waldstraße.

Karlsruher Colosseum,

jeden Tag Abends 8 Uhr beginnend,

Vorstellung von nur Künstler I. Ranges.

= Reichhaltiges, jeden Tag abwechselndes Programm. =

Alles Nähere durch die Plakate ersichtlich.

An die katholischen Badener

richte ich hierdurch die herzinnige flehentliche Bitte, den in **Berlin**, wie nunmehr allgemein bekannt, herrschenden Mangel an katholischen Kirchen auch dadurch mit beseitigen helfen zu wollen, daß sie mir einen Baustein zur Errichtung einer **Kirche** für die bisher auf eine armselige **Kapelle aus Fachwerk** angewiesene **Pius-Gemeinde** recht bald einsenden. Wir möchten noch gern im Herbste dieses Jahres den Bau beginnen, aus eigener Kraft aber ist die Piusgemeinde, die **ärmste** aller Berliner katholischen Gemeinden, nicht im Stande, das noch Erforderliche aufzubringen. Darum nochmals katholische Glaubensgenossen im katholischen Badener Lande, die Ihr gewiß manchen Verwandten oder Bekannten hierselbst habt, helft uns, damit wir bald in einer massiven **Kirche** statt in einem morschen Fachwerkbau Gottesdienst halten können. Gott soll's lohnen! Die Gemeinde betet täglich mit dem Unterzeichneten nach der hl. Messe ausdrücklich „für die Wohlthäter der Pius-Kapelle", im Juni wurden für dieselben 4 Hochämter gelesen und im November 4 Requiems für die verstorbenen Wohlthäter abgehalten. 25.14

Pfarrer Frank bei St. Pius, Berlin Pallisadenstraße 73.

Bitte um Hilfe.

Bei dem Brande, der Ende voriger Woche in der Gemeinde Neukirch (Amt Triberg) ausbrach, hat auch ein armer, sehr braver und religiöser Mann, Paul Tritschler, fast sein ganzes Eigenthum, Handwerkszeug und Hausgeräthe, verloren. Da derselbe leider nichts versichert hatte, ist er mit seiner Familie, bestehend aus mehreren noch unerwachsenen Kindern, in große Noth und Elend gerathen, zumal jetzt zur harten Winterszeit auf dem Schwarzwald. Deshalb stellt der Unterzeichnete an menschenfreundliche und barmherzige Mitmenschen die ebenso gütige wie dringende Bitte, ihr Scherflein beitragen zu wollen, um die große Noth dieser armen, braven und so schwer heimgesuchten Familie einigermaßen zu lindern.

Gaben nimmt mit großem Dank entgegen der Unterzeichnete, wie auch die **Expedition dieses Blattes.**

Neukirch, den 1. März 1892.

Erzbischöfliches Pfarramt:
Birk, Pfarrer.

Gänzlicher Ausverkauf

wegen Ladenwechsel sämmtlicher

Schuhwaaren

zum Fabrikpreise. 40 14

Bei Einkauf von Mk. 20.— gewähre noch 5% Rabatt.

Bestellungen nach Maass, sowie Reparaturen werden prompt und solide ausgeführt.

Carl Goldmann, Schuhmacher,
235 Kaiserstraße 235.

Vom 23. April ab befindet sich mein Geschäft in unveränderter Weise

227 Kaiserstrasse 227.

Beicht- und Kommunion-Zettel

mit **Ortsnamen**	und	**Jahreszahl**,	auf **blauem**	Papier	Mark 2.—
"	"	"	" **weißem**	"	" 2.—
"	"	ohne	"	"	" 1.50
ohne	"	und	"	"	" 1.—

pro 1000 Stück liefert schnellstens

Die Buchdruckerei der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe

Wir offeriren

Freiburger Münsterbau-Loose

à Mk. 3.— (auswärts Mk. 3.20).

Frankf. Frühjahrs-Pferdemarkt-Loose

à Mk. 3.— (auswärts Mk. 3.20).

Bestellungen nach Auswärts geschehen am besten und billigsten auf dem Abschnitte einer Posteinzahlung.

Expedition des „Badischen Beobachters",
Karlsruhe.

Der Unterzeichnete hat aus Auftrag ein schönes Anwesen mit großem Garten und, wenn es gewünscht wird, mit einigem Rebgelände, in unmittelbarer Nähe des Münsters, für eine katholische Familie als Herrensitz zu verkaufen. Ebenso einen Landsitz (altdeutsches Schlößchen), direkt am See, am westlichen Ende der Insel, zu vermiethen. Mobiliar kann nach Wunsch mitvermiethet werden. Das Schlößchen liegt etwa hundert Schritte von der Peter- und Paulskirche.

Insel **Reichenau** bei Konstanz, den 2. März 1892. 2.2

Dr. Ad. Wehrle, Münsterpfarrer.

Mariage.

Junger Kaufmann, aus guter Familie, kathol., selbstständig, wünscht sich in Bälde zu verheirathen. Gebildete junge Damen mit Vermögen wollen sich unter Beifügung ihrer Photographie vertrauensvoll unter der Aufschrift „Amor" an *Rudolf Mosse in Freiburg i. B.* **wenden. Strengste Discretion zugesichert.** 3.3

Eine geprüfte, tüchtige katholische Arbeitslehrerin, zur Zeit an einer Lehranstalt thätig, sucht Stelle zu ändern. Offerten zu richten an die Expedition d. Bl. unter *Nr. 72.*

Gesucht

ein jüngeres, intelligentes Mädchen, aus guter Familie, das sich als Ladnerin für eine Konditorei eignen würde; einige Sprachkenntniß erwünscht. Offerten mit Altersangabe und Photographie an 2.2

F. Dilzer, Baden-Baden.

Wilhelmstraße 43 ist ein freundliches möblirtes Parterrezimmer mit zwei Kreuzstöcken an einen Herrn sogleich billig zu vermiethen.

Ettlingen.
Shirting, Baumwolltuch, Sammete, Tischtücher, Servietten, billige Taschentücher, Bodenläufer etc.
empfiehlt
Conrad Gœdler.

Ia türkische

Zwetschgen,

sowie
Apfelschnitze, Birnenschnitze, Bohräpfel, Brünellen, Mirabellen, Kirschen, Heidelbeeren, Feigen, Datteln 5.4

empfiehlt in besten Qualitäten
W. Erb, am Spitalplatz.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag, den 8. März. I. Quartal 33. Abonnements-Vorstellung. **Das verlorene Paradies.** Schauspiel in drei Akten von L. Fulda. Edith: Fräulein Kerson, vom Hoftheater in Meiningen, als Gast. Anfang halb 7 Uhr.

Verantwortlich für den politischen und allgemeinen Theil: J. Kürtzers. — Für den badischen und lokalen Theil: B. Hafner. — Für Unterhaltung, Handel und Inserate: H. Vogel. — Sämmtlich in Karlsruhe.
Druck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe, Adlerstraße 42. — Heinrich Vogel, Direktor.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg